

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4508

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Londoner Konferenz.

### Türken und Griechen zu den Orientbeschlüssen.

Paris, 26. Februar. Havas verbreitet folgenden amtlichen Bericht aus London: Heute nachmittag um 6 Uhr erließen die türkische Abordnung vor der Konferenz, um ihre Antwort auf die in der vorhergehenden Versammlung vorgelegten Fragen abzugeben. Nachdem Velti Sami Bey wiederholt hatte daß er die Unterzeichnung annahme, die über die in Betrachtung begriffenen Fragen der Staatsangehörigkeit der Bewohner von Ostthrazien und Smyrna vorgelegt war, gab er zu verstehen, daß die türkische Abordnung keine ausreichende Vollmacht besitze, um ohne Bericht nach Angora verschiedene Teile des Vertrages von Sèvres anzuerkennen, die die wirtschaftliche Lage des Landes angehe. Er sei entschlossen, dies schleunigst zu tun, um vor Montag nachmittag eine Antwort zu erhalten. Die Konferenz erklärte sich mit dieser Frist einverstanden.

London, 26. Februar. Morning Post meldet, der Beschluß der Verbündeten, eine interalliierte Kommission zur Nachprüfung der genauen Zahl der griechischen und türkischen Bevölkerung in Thrazien und Smyrna zu ernennen, habe auf die griechische Delegation wie eine Bombe gewirkt. Der griechische Ministerpräsident sei auf einen solchen Ausgang nicht vorbereitet gewesen und habe daher die Angelegenheit seiner Regierung unterbreiten müssen. Nach Berichten aus Athen wird die griechische Nationalversammlung den Vertrag von Sèvres unverzüglich ratifizieren. Eine allgemeine bewaffnete Erhebung der Griechen in den besetzten Gebieten ist nicht ganz ausgeschlossen.

### Die armenische Frage.

London, 26. Februar. Das offizielle Communiqué über die Sitzung der Konferenz, die am Nachmittag unter Vorsitz Lord Curzons stattfand, besagt: Bezüglich Kurdistan und Armeniens erklärte Velti Sami Bey, die Kurden, die bereits in welchem Maße in der Nationalversammlung von Angora vertreten seien, besäßen weitgehende lokale Autonomie. Eine vollständige Unabhängigkeit sei unerwünscht. Bezüglich Armeniens wies Curzon darauf hin, daß die Mächte nicht im geringsten die Absicht hätten, die Bevölkerung außer acht zu lassen, einen einigen und lebensfähigen Staat Armenien zu schaffen. Im Interesse der Türkei und Armeniens sei es von Wichtigkeit, eine von allen Parteien gutgeheißene Grenze festzusetzen, durch die Armenien die ihm jüngst genannten Gebiete zurückgegeben würden, und seine nationale Existenz gesichert werde. Berthelot versicherte, daß die Franzosen beim Verlassen Ciliciens Maßnahmen für die Sicherheit der armenischen Bevölkerung in Cilicien treffen würden. Die Konferenz beschloß, dem Obersten Rat Vorschläge über mögliche Änderungen der Bestimmungen des Friedensvertrages von Sèvres, soweit sie Kurdistan und Armenien betreffen und mit Rücksicht auf die jüngsten Ereignisse wünschenswert sind, vorzulegen.

London, 26. Februar. (Reuters.) In der heutigen Sitzung der Konferenz nahmen Lloyd George und Briand nicht teil. Die armenische Delegation vertrat Ansprüche auf ein größeres Armenien auf der Grundlage des Vertrages von Sèvres und forderte einen großen Teil Ciliciens zum Schutz gegen Angriffe. Die türkische Delegation unter dem Vorsitz von Velti Sami Bey erklärte hierzu, daß die von den Kemalisten besetzten Städte Kars und Alexandropol durch den türkisch-armenischen Vertrag vom November 1920 der Türkei zugesprochen worden seien. Hierzu wurde erklärt, daß die Alliierten diesen Vertrag nicht anerkannt hätten.

Paris, 26. Februar. Wie der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur aus London meldet, haben die alliierten Sachverständigen heute vormittag eine Sitzung abgehalten, in der mit den armenischen und türkischen Vertretern verhandelt wurde. Boghos Nuhar Pascha verlangte, indem er sich auf den Boden des Friedensvertrages von Sèvres stützte, Garantien für die Armenier in Cilicien. Ein anderer armenischer Delegierter protestierte gegen die Bestimmungen des Vertrages, der zwischen den türkischen Nationalisten und der Regierung von Erivan abgeschlossen wurde und der zwei russische Provinzen unter türkische Herrschaft bringe. Velti Sami Bey setzte alsdann für die türkische Delegation die Lage in Turkestan auseinander. Die Nationalversammlung von Angora habe ein Gesetz angenommen, das allen turkestanischen Wlajets volle Autonomie gewähre. Sie seien im Parlament vertreten und die Bevölkerung erhebe keine Forderungen, mit Ausnahme von einigen Dissidenten, die keine Bedeutung hätten. Der türkische Vertreter erbat sich sogar, seine Behauptungen an Ort und Stelle durch die Alliierten nachprüfen zu lassen. Für Armenien gebe es keinen Platz in der Türkei, denn es gebe nirgends eine armenische Mehrheit.

### Der Optimismus der alliierten Sachverständigen.

London, 27. Februar. Nach dem Oberster hat die Brüsseler Sachverständigenkonferenz den alliierten Regierungen einen Bericht unterbreitet, in dem es heißt, die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei wahrscheinlich augenblicklich günstiger als in irgendeinem anderen Lande Europas. Es werde schwer sein zu beweisen, daß der in Paris festgesetzte Reparationsbetrag die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteige.

### Karding gegen eine weitere Besetzung deutschen Gebietes?

Wasel, 28. Februar. (L.) New York Herald berichtet, daß Kardina gegen eine weitere Besetzung deutschen Gebietes durch französische oder englische Truppen im Falle des Scheiterns der Londoner Konferenz sein Veto einlegen werde, wodurch die bis jetzt stillschweigend geübte Solidarität Amerikas mit den Alliierten in die Brüche gehen würde.

### Abreise der deutschen Delegation nach London

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die deutsche Delegation für London ist Sonntag, mittags 12 Uhr vom Potsdamer Bahnhof abgefahren, Englischen Zeitungsmeldungen

zufolge ist der Mittwoch als derjenige Tag festgesetzt worden, an dem die deutschen Delegierten zum ersten Male auf der Konferenz erscheinen werden.

### Der Völkerbund gegen die Abrüstung.

#### Deutschland als Roman.

Paris, 26. Februar. Laut Journal erklärte M. P. L. de la Motte, der zum Vorsitzenden des Rüstungsausschusses des Völkerbundes ernannt wurde, man dürfe zur Zeit noch nicht an die Abrüstung denken. Man stehe einem Deutschland gegenüber, das nach wie vor immer noch imperialistisch und reaktionär sei und sich den Vertragsverpflichtungen zu entziehen suche. Unter solchen Umständen abzurufen, wäre eine tollkühne Unvorsichtigkeit. Der Völkerbund dürfe eine so ausschließliche Hoffnung nicht hegen, aber es sei logisch, daß er wenigstens den Versuch mache, eine Einschränkung der Rüstungen zu erreichen. Das sei eine sehr heikle und schwierige Aufgabe. Wenn eine Rüstungseinschränkung überhaupt möglich sei, so müßte sie von allen Ländern zu Wasser und zu Lande durchgeführt werden. Auf jeden Fall sei es von großer Bedeutung, zu wissen, daß überhaupt einmal ein ernsthafter Versuch unternommen werde, die militärischen Lasten herabzumindern.

### Fortschritte der Verhandlungen in Riga.

Riga, 26. Februar. (D. E.) In den Rigaer Friedensverhandlungen bezeichnet der gestrige Tag einen merkwürdigen Fortschritt. In einer seit längerer Zeit zum erstenmal wieder öffentlich abgehaltenen Plenarsitzung wurde der Vertrag über den Austausch der Kriegsgefangenen, Flüchtlinge und Internierten unterzeichnet, dessen Ausführung nach 10 Tagen beginnen soll. Dies bedeutet ein seit Wochen umstrittenes und von der polnischen Delegation immer wieder angegriffenes Zugeständnis der Sowjetdelegation. Als Gegenleistung ist die bisher polnisch-geleitete Forderung der Sowjetdelegation nach einer Verankerung der Rindfleischpreise für den Waffenstillstand von zwei auf sechs Wochen angenommen worden. Endlich wurde gestern ein Abkommen über die Einsetzung einer Kommission zur endgültigen Regelung der polnisch-russischen Grenzen getroffen.

### Der Bürgerkrieg in Italien.

Rom, 26. Februar. Die Blätter berichten aus Bari über einen Zusammenstoß zwischen Faschisten und Sozialisten, die den Streik erklärt hatten. Einige Personen wurden verletzt. In Minerino und Murgia zündeten die Bauern mehrere Gutshöfe an. Sechs Personen wurden getötet. Auch in anderen kleinen Ortschaften Apuliens kam es zu Zusammenstößen. In Terlizzi wurde die Arbeitskammer in Brand gesteckt. In Biscarale führten die Sozialisten einen Angriff auf das Haus des Landbundes aus. In Mirabella, in der Provinz Ferrara wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Sozialisten zwei Personen getötet und einige verletzt. Drei verdächtige Ausländer wurden festgenommen. In Modena veranstalteten Faschisten eine Kundgebung gegen die sozialistischen Abgeordneten Agnini und Donati, die von der Polizei geschützt werden mußten.

Rom, 28. Februar. Wie dem Corriere d'Italia aus Bari gemeldet wird, ist die Lage in Minerino und Murgia immer noch ernst. Die Brände dauern an. Man zählt bis jetzt 13 Tote.

Rom, 27. Februar. Wie die Blätter aus Bari melden, ist die Ruhe infolge des tatkräftigen Einschreitens der Polizei fast überall wiederhergestellt worden.

Livorno, 27. Februar. Faschisten veranstalteten eine Kundgebung gegen den kommunistischen Abgeordneten Milano.

### Das Gesetz über die Brotpreiserhöhung angenommen.

Rom, 26. Februar. Der Senat hat heute das Gesetz über die Erhöhung des Brotpreises angenommen. Es tritt Anfang März in Kraft.

### Kongress der italienischen Gewerkschaften.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Welt am Montag meldet aus Livorno: Der Kongress des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hat seine Arbeiten begonnen. Der Holländer P. J. M. sprach im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Zwischen Sozialisten und Kommunisten kam es zu Zusammenstößen, bei denen von beiden Seiten handgreiflich vorgegangen wurde.

### Die Volksabstimmung in Tirol beschlossen.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Antrag der Parteimänner des Tiroler Landtages, die Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland am 24. April vorzunehmen, ist vom Tiroler Landtag angenommen worden.

### Protest gegen den Ueberfall auf Georgien.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Prag wird gemeldet: Auf Antrag des Abgeordneten Kemeck erklärt die sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei einen Protestaufmarsch gegen den Ueberfall der Sowjettruppen auf Georgien. Ebenso interpellierte der Führer der polnischen, sozialdemokratischen Partei Daszinski im Warschauer Sejm seine Regierung über ihr Verhalten zum Ueberfall der russischen Regierung auf Georgien.

## Die Reichseisenbahn.

Seit Monaten wird die Öffentlichkeit mit dem großen Eisenbahn- und Postdefizit beschäftigt, das bei der Eisenbahn allein auf 15—16 Milliarden angegeben wird. Besonders wenn es sich um die Erfüllung von Beamten- und Arbeiterforderungen handelt, muß das große Defizit herhalten, um sie zu bekämpfen. Der Erfolg ist immer, daß der Eindruck erweckt wird, als rühre das Defizit in der Hauptsache von den Beamten- und Arbeiterforderungen her und es wird dadurch in der Öffentlichkeit eine läßliche Stimmung gegen die Beamten und Arbeiter erzeugt. Jetzt, wo der Eisenbahnhauhalt für 1920/21 im Hauptauschuss „Beraten“ wird, zeigt sich mit einem Male, daß das Verkehrsministerium weiß, daß das Defizit auch andere Ursachen als den Personalforderungen geschuldet ist. Der Verkehrsminister Gröner sagt: Die Ursachen der finanziellen Notlage der Eisenbahnen liegen in dem Kriegesverfall, in der Abgabe der Betriebsmittel an die Entente, in einem vorübergehenden Rückgang des Verkehrs, in der Steigerung der Bezüge des Personals und einer ungeheuren Erhöhung der Materialpreise. Was die letztere Ursache anlangt, so wird sie näher zu beleuchten sein, denn sie bildet mit einer der ungeheuersten Korruptionsercheinungen des Kapitalismus und zeigt zugleich, wie die Kapitalisten die Eisenbahnverwaltung übers Ohr hauen. Beseitigt soll das Defizit nach Gröner durch Tarifserhöhung und Ersparnisse werden. Die Tarifserhöhungen allein sollen zehn Milliarden bringen. Um die Tarifserhöhung vom 1. April an einzutreten lassen zu können, muß der Haushalt jetzt im Galopp durchgepeitscht werden, so daß zu einer gründlichen Beratung, die so bitter nottut, keine Möglichkeit bleibt. Am 24. Februar ist der Haushalt den Abgeordneten zugegangen, am 25. Februar ist begonnen schon die „Beratungen“ im Hauptauschuss. Von einem gründlichen Studium des Voranschlages und von der Beschaffung des so notwendigen Materials zur Beratung konnte sonach keine Rede sein.

Soviet ist aber klar, schon bei einem flüchtigen Einblick in den Haushalt ist zu ersehen, daß das Defizit in die Höhe getrieben ist. Der Zuschuß, der für die Haushaltszeit 1920/21 auf 6,7 Milliarden angegeben wird, ist nicht so hoch, wenn man die einmaligen Ausgaben für bestehende Vermögenswerte in Betracht zieht, die zum Beispiel für Beschaffung von Fahrzeugen allein 2,5 Milliarden Mark betragen. Die Ausgaben für solche Anschaffungen müssen eigentlich auf mehrere Jahre verrechnet werden und man darf deshalb nicht einfach den Zuschuß so hoch angeben, als wenn es sich um ein Defizit handelte, für das keine Werte vorhanden sind. Das Verkehrsministerium weiß sich dem Defizit gegenüber nicht anders zu helfen, als die geistlose mechanische Erhöhung der Tarife und das Versprechen, zu sparen, abzugeben. Wie gespart wird und an welchen Stellen, das weiß man aus der Erfahrung. Die Kritik über die mechanische Tarifserhöhung wird auch von bürgerlichen Sachverständigen Kreisen geübt. Statt der einfachen Erhöhung der Tarife wird eine gründliche Reform der Verwaltung und Materialbehandlung verlangt. So wehrt sich der anerkannte Sachverständige Kirchhoff in mehreren Artikeln dagegen, daß man das Defizit lediglich mit Tarifserhöhungen statt mit der so notwendigen gründlichen Eisenbahnreform beseitigen will.

Von einer Reform ist aber auch mit keinem Worte beim jetzigen Verkehrsministerium die Rede; es geht alles den alten gewohnten Trott oder auch nicht, denn Herr Gröner hat im Hauptauschuss angekündigt, daß eine Regelung der Dienst- und Ruhezeiten einzutreten müsse, denn die pöhlliche Einführung des Achttagentages habe zu großen Schwierigkeiten geführt. Das ist deutlich genug; es soll also dem Achttagentag an den Kragen gehen.

Nachdem die Eisenbahnen Eigentum des Reiches geworden sind, sollte die erste Aufgabe des Verkehrsministeriums doch die gründliche Umgestaltung der einheitlichen Verwaltung und Materialverwendung sein. In Wirklichkeit bestehen, wie im Hauptauschuss auch von bürgerlicher Seite tadelnd gezeigt wurde, die alten partikularen Einrichtungen auch im Eisenbahnwesen weiter, was ganz besonders, aber nicht verwunderlicherweise, bei Bayern der Fall ist. Die Strömungen in den sogenannten Freistaaten gegen jede ernsthafte Reform zeigen sich ganz deutlich, und ob Gröner der Mann ist, der mit diesen veralteten Vorurteilen aufräumt, muß sich erst zeigen.

Die Reform darf sich nicht auf die Beseitigung partikulärer Einrichtungen, Vereinfachung der Verwaltung und ähnliche selbstverständliche Dinge beschränken, sie muß gerichtet sein auf die gründliche Umgestaltung des ganzen Eisenbahnwesens. Zunächst ist im Personenverkehr an Stelle der vier verschiedenen Klassen eine zu schaffen, die aber so bequem eingerichtet sein muß, daß das Reisen nicht zur Qual wird. Welch ungeheure Ersparung an Material und Verwaltung mit nur einer Wagenklasse und durch Verbilligung des Verkehrs erzielt würde, ist früher schon dargelegt worden, als die Eisenbahnreformbesprechungen viel lebhafter waren als jetzt, wo sie doch so dringlich sind. Eine andere Re-

form ist die, die auf die Verbilligung des Materials gerichtet ist. Hier wird der größte Überstand des Kapitalismus einsehen. Waren die Eisenbahnen vor dem Kriege schon eine ungeheure Gewinnquelle für ihn, so wurden sie es während des Krieges noch viel mehr, wobei die Korruption noch tiefer in die Salme schob. Der hartnäckige Kampf, den die kapitalistische Presse seit der Revolution gegen die Arbeiterklasse in den Eisenbahnwerkstätten führt, hat lediglich den Zweck, zu verhindern, daß sämtliche Reparaturen in den Staatwerkstätten selbst ausgeführt werden. Nach den Angaben Sachverständiger ist es leicht möglich, sämtliche Reparaturen in den eigenen Werkstätten auszuführen, was für das Reich eine ungeheure Ersparnis bedeutete. Das Material, das darüber vorliegt, daß die in der Privatindustrie ausgeführten Reparaturen dann von den Eisenbahnwerkstätten noch einmal nachgearbeitet werden müssen, ist außerordentlich umfangreich und fällt besonders die Fachpreise der Eisenbahner. Die Eisenbahnverwaltung hat bei den Verhandlungen mit den Betriebsräten und Vertretern der Gewerkschaft angegeben, daß die in der Privatindustrie ausgeführten Reparaturen zehn bis fünfzehn Prozent mehr kosten, als die in den eigenen Werkstätten ausgeführt. Trotz alledem wird die Privatindustrie selbst in den Fällen vorgezogen, wo es ganz unerschwinglich ist. Bei der Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg kostet eine Maschinenteiler-Unterschiffung 281 589 Mk., bei der Eisenbahnwerkstätte in Nürnberg 132 713 Mk., als ein Mehr von 148 873 Mk. Die Eisenbahnverwaltung zahlte der Maschinenfabrik in Rehdorf für Ausmusterung von Bentwagen vierzehntägig die Summe von 300 700 Mark, für die gleiche Arbeit in den eigenen Werkstätten hätte sie 161 808 Mk. oder 138 901 Mk. weniger zu zahlen gehabt. Arbeiter dieser Betriebswerkstätte werden entlassen, die reparaturbedürftigen Maschinen und Wagen bleiben bis zu sechs Monaten liegen und werden dann der Privatindustrie überwiesen. Dies aus dem umfangreichen Material nur einige Beispiele.

Nach toller Treibung des Kapitalismus mit der Eisenbahnverwaltung wegen der während des Krieges ausgegebenen Bestellungen. Es wurde an Bestellungen das fünf- und zehnjährige auf langfristige Lieferungsverträge aufgegeben, und zwar nach der Erfahrung, daß doch nur ein Teil geliefert werden kann. Jetzt verlangen die Unternehmer die Einhaltung der Verträge und die Eisenbahnverwaltung erfüllt sie nicht nur, sondern tut auch noch so, als ob das Reich wegen der jetzigen hohen Materialpreise ein Geschäft dabei mache. Zu welchen Zuständen dieses Verfahren führt, zeigen folgende Tatsachen: Für die Hauptwerkstätte Kassel sind jetzt nach Verträgen von 1915 so ungeheure Mengen Holz und Eisen geliefert worden, daß der Bedarf auf 20 Jahre gedeckt ist; darunter ist auch noch völlig unbrauchbares Material. Die Kapitalistenpresse ist auf die Betriebsräte, die diese ungeheure Korruption aufdecken, sehr schlecht zu sprechen. Der Bochumer Verein lieferte für die genannte Werkstätte mehrere Güterzugwagen, bei deren Ankunft sofort festgestellt wurde, daß der Anstrich minderwertig war. Die Firma wurde auf die Haftpflicht aufmerksam gemacht, sie lehnte sie aber ab und das Zentralamt, dem die Sache von Kassel mitgeteilt wurde, antwortete, die Firma könne nicht für die schlechte Farbe, sondern höchstens für schlechte Ausführung haftbar gemacht werden. Eine Hamburger Firma lieferte der Kasseler Werkstätte für 1000 Altonamin schwarze Farbe, das Alko zu 41 Mk., wovon die Hälfte unbrauchbar war. Am Orte wäre gute schwarze Farbe für 13 Mk. das Alko zu haben gewesen, so daß dem Fiskus 28 000 Mk. erspart geblieben wären.

Die Betriebsverwaltung in Bremen sucht den Betriebsrat mit allen Mitteln von seinen Aufgaben abzubringen, was um so weniger wunderbar, wenn man erfährt, daß er der Betriebsverwaltung bei einer Holzbestellung nachgewiesen hat, daß dabei zwei Millionen Mark zum Fenster hinausgeworfen wurden. In einem Bezirk der hessischen Eisenbahnverwaltung sind 107 Wagen verbleibend bestellt, die nicht gebraucht wurden, aber 11 780 805 Mark kosteten. Der Betriebsrat sühnte es auf, worauf die Verwaltung erklärte, ein Privatunternehmer interessiere sich für das Blech und werde es kaufen. Da es aber sehr lange Zeit der Witterung ausgesetzt ist, ist kein Blech mehr drauf, wohl aber Rost, so daß es nun im günstigsten Falle 5 Millionen Mark einbringt, dem Reiche also 6 Millionen Mark verloren gehen.

Wie in unmittelbarer Nähe der Zentral-Eisenbahnverwaltung gearbeitet wird, zeigt folgendes: Das Magazin von Grunewald ist mit Eisenbahnmateriale überfüllt, so daß große Mengen seit 1919 im Freien lagern, u. a. 3000 Stück Buffer; in Potsdam aber ist seit 1920 großer Mangel an Buffern. In Berlin verrotten sie im Freien, in Potsdam hat man Mangel daran. Noch interessanter ist folgende Feststellung: In einem Faß deselben Magazins lagern 200 000 Befestigungsschrauben, gebraucht werden jährlich davon etwa 12 000. Der Bedarf ist also auf 18 Jahre gedeckt.

Wie es mit dem Vandalismus von Bahnhofs- und Wohnhäusern steht, ist bekannt. Da laufen noch Verträge aus früheren Zeiten, die Mieten sind noch dieselben wie vor einem Dutzend Jahren und länger. In Troisdorf bei Köln hat ein Bahnhofs- und Wohnhaus, für die er 400 Mk. bezahlt. Wie das Eisenbahngut verschleudert worden ist und noch wird, fällt ebenfalls Bände. Es ist ein würdliches Seltenheitsgut zur Verschleudern des Heeresgutes. Man sieht, die bürgerliche Presse hat alle Ursache, zu behaupten, daß nur die Angehörigen der bürgerlichen Klasse zum Regieren berufen seien, daß die Arbeiter davon nichts verständen.

Eine Zeitlang hat auch der Plan in der Öffentlichkeit gespielt, die Reichseisenbahnen sollen an Privatgesellschaften abgeteilt werden, angeblich um das Verkehrswesen wieder in Ordnung zu bringen, der Verkehrsminister Schröder hat aber in der letzten Sitzung des Hauptauschusses sehr stark abgewunken. Ein solches Pländchen kommt also nicht in Frage.

## Die internationale Konferenz in Wien.

(Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Wien, 26. Februar.

Am Freitag nachmittag fand eine große Soldatensammelung zur Begrüßung der Konferenzdelegation statt. 3000 dienstfreie sozialdemokratische Wehrmänner, Unteroffiziere und Offiziere zogen mit den roten Fahnen der Bataillone und mit Musik auf, die am Anfang und am Schluß das Lied der Arbeit spielte. Es wurden eindrucksvolle Reden von Taplowitz, Franke, Schinwell und Celipien gehalten. Der Vorbereitungsleiter der Soldaten erfolgte in Kompanieformation vor der Katharinenkirche. Die Delegierten und die

mehrlausendköpfige Zuhörermenge sangen die Internationale. Die Kundgebung machte einen gewaltigen und erhebenden Eindruck.

In Mitem des Kongresses berichtete am Sonnabend vor-mittag 6 Uhr (Schweiz) über das Organisationsstatut. Das provisorische Statut ist wenig verändert. Der § 3 wird als zweites gelesen unter der Einwirkung, daß es Aufgabe der angeschlossenen Parteien ist, ihre Tätigkeit für eine einheitliche, gemeinschaftliche Aktion über eine allumfassende Internationale einzuleiten. Der Antrag der Schweizer in der Kommission auf Einleitung von Verhandlungen mit der 2. Internationale wird als auschließlich abgelehnt wegen der beschimpfenden Konferenz, durch die Moskauer Exekutive. Es soll ein fünfjähriges Bureau aus verschiedenen Parteien und Sekretären gebildet werden. Die Parteien zahlen 5 Prozent ihrer jährlichen Mitgliederbeiträge. Einstimmig angenommen wurden die Thesen über die Methoden und die Organisation des Klassenkampfes und das Organisationsstatut bei Enthaltung der linken Sozialrevolutionäre Ungarns. Einstimmig Annahme fanden das Reglement für das Exekutivkomitee und die bereits mitgeteilte Resolution. Ledebour referiert dann Ueber den Imperialismus und soziale Revolution und den internationalen Kampf gegen die Konterrevolution. Die Revolution befindet sich in einer abklingenden Periode. Nicht der Kapitalismus, sondern nur das militärisch-bureaucratisch-monarchistische System sei zusammengebrochen. Der Kapitalismus hat jetzt seine Herrschaft demokratisch angepaßt. Die Reaktion ist wieder erkräftigt durch die Erkenntnislosigkeit der Arbeiter. Ledebour schildert das Erstarren der Reaktion in Deutschland, den Kapp-Putsch, das bayrische System. Die deutsche Reaktion greift über auf andere Länder, wie die Orgeschäfte gegen Kärnten zeigen. In anderen Ländern sei es ähnlich. Am schlimmsten sehe es in Ungarn aus. Aber auch in Polen, Rumänien und Nordamerika sei die Reaktion erkräftigt. Einheitslei sei die Auffassung der Konferenz, daß alle Mittel gegen die Reaktion anzuwenden seien, Streik und Boykott, national wie international. Nützlich sei es, alle Munitionstransporte nach Polen zu verhindern. Der Boykott gegen Ungarn sei ein Versuch gewesen, der jedoch von den Desterreichern kräftig durchgegriffen worden sei. Dafür gebühre ihnen lebhafteste Anerkennung, ebenso wie für die Verhinderung der Orgeschäfte in Innsbruck. (Starker Beifall.) Aber nicht nur die Abwehr, sondern die Niederwerfung der Reaktion sei das Ziel. Die Konferenz grüße alle unterdrückten Proletariats der Welt, besonders den großen Engen Debs in Amerika. (Lebhafter Beifall.) Wir rufen die amerikanischen Genossen auf zur revolutionären Aktion, sobald die Möglichkeit vorhanden ist. Wir wollen nur den Ausschluß derer, die die revolutionäre Tat wollen. Wir gehen in unsere Heimat zurück, um den Proletariats zu sagen, daß nur die Tat sie befreit, daß zu uns nicht gehört, wer nicht revolutionäre Tat wagt. (Lebhafter Beifall.)

Wital (Frankreich) legt eine Resolution über die Wiedergutmachungsfrage vor. Wie war die Sicherheit der Welt mehr bedroht als jetzt. Sofort müssen die Genossen Frankreichs, Deutschlands und Englands gemeinsame Grundlagen des Kampfes dagegen ausarbeiten. Am 13. März sollen große Kundgebungen in allen Ländern für die Friedensvertragsrevision stattfinden. Am 1. Mai soll überall die Forderung nach Entwarnung und Befreiung des Militarismus erhoben werden. Die Resolution fordert eine gemeinsame Konferenz der deutschen, französischen und englischen Parteien zur gründlichen Prüfung der Wiedergutmachungsfrage. Sie fordert die Internationalisierung der Kriegsschulden, Hilfe für die vertriebenen Länder und stellt die Unfähigkeit des Kapitalismus zur Lösung dieser Fragen fest. Sie warnt die Arbeiterklasse vor der chauvinistischen Hitze und sagt, daß die übermäßigen, unerfüllbaren Forderungen des Entente-Kapitalismus einen neuen blutigen Zusammenstoß heraufbeschwören können. Die Entwarnung entspricht den Erfordernissen des Proletariats und des Friedens. Nützlich ist aber die allgemeine Abklärung. Die Konferenz fordert die sozialistischen Parteien auf, Kundgebungen in diesem Sinne am 13. März und 1. Mai zu veranstalten. (Lebhafter Beifall.) Vokse (Polen) sagt, man müsse nicht bloß den äußeren und inneren Imperialismus bekämpfen, sondern auch die Unterdrückung nationaler Minderheiten. Die 2. Internationale verpflichtet angeblich dazu, aber ihre Parteien hatten sich nicht daran. Die tschechischen Sozialisten beteiligten sich an der Unterdrückung der deutschen, die polnischen Sozialdemokraten an der der ukrainischen. Sie werden aber aus der 2. Internationale nicht ausgeschlossen. Die Polen haben auch ihre Pflicht der Bekämpfung der Pogrome in der Ukraine nicht ausreichend erfüllt. Auch den Kolonialpolitikern wollen wir unseren Beistand zusichern. Wir wollen uns aber nicht verbinden mit ihren herrschenden Klassen. Mag Rußland ein Bündnis mit Enver Pascha diktieren, es soll aber dieses Bündnis nicht als Vollendung des Imperialismus ausgegeben werden. Die jüdischen Proletariats in Poale Zion werden tren kämpfen mit den Parteien dieser Konferenz. (Lebhafter Beifall.)

Silberding (Deutschland): Die wichtigste Gegenwartsfrage ist die der Wiedergutmachung. Die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie, die stets gegen den Krieg und Gewaltfrieden gekämpft hat, hat auch ein Recht zum Protest, nicht nur im Interesse des deutschen, sondern auch des Weltproletariats. Wir anerkennen die Pflicht der Wiedergutmachung der zerstörten Gebiete. Aber die Pariser Beschlüsse sind maßlos und außerdem ökonomisch widerspruchsvoll. Ihre Folge muß eine Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse sein. Das deutsche Proletariat verweigert wie im Zeitalter des Freikapitalismus. Das ist auch eine jüdische Gefahr für das Entente-proletariat. Darum ist der Kampf gegen die Pariser Beschlüsse eine internationale Pflicht. Der Abbruch der Londoner Verhandlungen ist möglich, da die Regierungen die Gefangenen ihrer Drohungen sind. Dann wird die militärische Gewalt sprechen. Die Behebung des Ruhrreviers und Oberschlesiens bedeutet Arbeitslosigkeit, Chaos, Katastrophe. Wir lehnen die Katastrophepolitik der Sozialnationalen wie der Kommunisten ab. Die 3. Internationale hat versagt. Ebenso aber auch die zweite, wie die Unterdrückung Vandalismus unter den Pariser Beschlüssen bewies. Die Lösung des Problems ist nur zu erwarten vom internationalen Klassenkampf. Der bevorstehende Kampf bietet Gelegenheit für die Sozialisten, die Fesseln von 1914 und der Folgen der Jahre zu lüftigen. Kommt es zur Katastrophe, dann soll der Sozialismus als Phönix aus den Trümmern des kapitalistischen Europas emporsteigen. (Stürmischer Beifall.)

Wital (Frankreich) stellt die volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen Silberdings fest. Auch wir haben in der Kammer der französischen Regierung gesagt, daß nur der Kampf der Klassen helfen kann. Das Elend in Deutschland hat kein Gegenstück im Elend der zerstörten Gebiete Frankreichs. Unsere Zusammenkunft hat historische Bedeutung. Hier erfolgt der Aufruf zur internationalen Aktion am 13. März und am 1. Mai. Die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens in Wiedergutmachungsfragen ist nicht zu bestreiten. Wir müssen die Regierungen dazu zwingen. (Beifall.)

Sudjon (England): Auch die englischen Arbeiter leiden unter den Kriegsfolgen. Gewiß ist Wiedergutmachung nötig, aber in der jetzt beabsichtigten Weise ist sie unmöglich. Das, was in London beschlossen wird, bedeutet nur die Anhäufung neuer Gefahren. Englands Arbeiter wollen solche Verträge nicht länger ertragen, deren Folge die Arbeitslosigkeit in England ist. Die Franzosen müssen sich gegen die Auspressung Deutschlands wenden. Wir müssen die französischen Arbeiter aufzurufen zur internationalen Aktion. Sie dürfen sich nicht gebrauchen lassen zu Werkzeugen der Diplomatie. Weil in Frankreich zu viel Rohstoffe vorhanden ist, sind die englischen Bergarbeiter arbeitslos, während Desterreich keine Rohstoffe hat. Die Arbeiter müssen gemeinschaftlich auftreten gegen die neuen diplomatischen Versuche zur Unterdrückung der Welt. (Lebhafter Beifall.)

Kauf (Ung.) Wenn das Zusammenarbeiten in der Wiedergutmachungsfrage gescheitert, dann ist die Möglichkeit der internationalen Aktion gegeben. Ich will Ihnen zeigen, was Konterrevolution ist. Der Redner entwirft ein erschütterndes Bild von dem entsetzlichen Wüten der Konterrevolution in Ungarn, die begleitet ist von Folterkammern, Zerkürung aller Arbeiterrechte, Not, Hun-

ger, Elend im Proletariat. Die Vertreter Englands und Frankreichs wurden in Ungarn belogen. Die kapitalistische Presse sagt, der weiße Terror sei die Folge des roten Terrors, aber die rote Revolution hatte nur 237 politische Todesfälle zur Folge, meist Opfer direkter Kämpfe, dagegen sind viele Tausende als Opfer heftigster Grausamkeit des weißen Terrors gefallen. Das internationale Proletariat hat viel für Ungarn getan, aber doch noch nicht genug. Die Parteispreche muß Ungarn noch mehr beachten, nicht wegen des ungarischen, sondern wegen des Weltproletariats. Kauf erklärt einen stammenden Appell an die Proletariats aller Länder, alle Kräfte aufzubieten für die Forderung nach Entwarnung der Konterrevolutionären Horthy-Armee. Nur mit Hilfe der Proletariats aller Länder wird die Arbeiterklasse sich wieder aufzurichten können, zum Wohle der Arbeiter aller Länder. (Lauter Beifall.)

Die Verhandlungen werden auf Sonntag vormittag vertagt.

Wien, 27. Februar.

Wallhead (England) gibt den Bericht der Kommission über die Thesen zum Punkt: Imperialismus und soziale Revolution. An der Innsbrucker Fassung wird einiges geändert. Den breitesten Raum in der Debatte nimmt der Punkt 5: Stellung zum Krieg ein. Die Kommission wollte nicht Bericht halten über Vergangenheit. Auch die kommunistische Internationale beansprucht Vornachschußrecht. Sie nimmt einstige Kriegsozialisten-Gruppen und -Personen auf. Auch für uns dürfe nicht bestimmend sein die Haltung von 1914, sondern die Haltung 1914 und später seien schwere Fehler begangen worden, die sich nicht wiederholen dürfen. Im 2. Punkt ist die Pflicht des Eintretens für die Rechte der nationalen Minderheiten schärfer betont. Die englische ICP. läßt einen entschlossenen Feldzug für Islands Selbstbestimmungsrecht. Die gleichen Pflichten gegen die Minderheiten haben die Sozialisten Tschechiens, Polens und Rumaniens. Wesentliche Änderungen sind beim Punkt 5 erfolgt. Einig war sich die Kommission darüber, daß sich die Sozialisten nicht durch das Schlagwort „Landesverteidigung“ in den Dienst des Imperialismus stellen lassen dürfen, aber es gibt auch eine revolutionäre Landesverteidigung mit proletarischen Klassenkampfsmitteln, wie sie die Blanquisten 1871 planten. Dieses Problem ist so verwickelt, daß es erst auf dem nächsten Kongreß der Arbeitergemeinschaft genauer geprüft werden kann. Der Berichterstatter schließt mit der Hoffnung, daß die Konferenz das Ergebnis haben möge, die Konzentration der sozialistischen Kräfte gegen den Imperialismus herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

La pijschewitsch (Serbien) erklart den Bericht der Kommission über die georgische Frage. Die Resolution stellt den Widerspruch zwischen der georgischen und der Moskauer Darstellung des Konfliktes fest. Ein Krieg des kommunistischen Auslands gegen das kleine sozialistische Georgien würde einschneidenden Widerspruch des ganzen europäischen Proletariats hervorrufen. Der Kampf gegen die Intervention der Konterrevolution in Rußland würde ungeheuer erschwert werden, wenn die russische Regierung Interventionspolitik triebe. Die Konferenz erwartet bestimmt, daß die Gegenläufe in friedlicher Verständigung erledigt werden und Rußland die Selbständigkeit der georgischen Republik nicht antasten wird. Lapshewitsch fügt an, daß ungewissheit die Verteidigung der revolutionären Erregungsfähigen Rußlands Sache des internationalen Proletariats sei. Konflikte aber wie dieser könnten die soziale Revolution nur erschweren. Der Krieg zwischen zwei sozialistischen Staaten müsse das Proletariat demokratisieren, zumal ohnehin vielfach die Nationen vorhanden sei, daß der Sozialismus realisierbar sei durch militärische Mittel.

Czerwalsch (Tschechien): Mittel Europa wurde durch den Pariser Friedensvertrag baltisiert. In Tschechien ist die Not des Proletariats durch die ungelassen Nationalfragen für das deutsche Proletariat erschwert. Die Reaktion erkräftigt und ein großer Teil des tschechischen Proletariats ist der Ideologie nationaler Staatserhaltung verfallen, der die Interessen des Sozialismus geopfert werden. Die deutschen Sozialdemokraten Tschechiens führen einen schweren Kampf gegen den Nationalismus. Sie arbeiten schon lange in dem Geiste der Wiener Konferenz. Sie betrachten die tschechischen Genossen der 2. und 3. Internationale nicht als Feinde, sondern als irrende Brüder. Sie erhoffen bald eine gemeinsame Kampffront gegen die Bourgeoisie. (Beifall.)

Bauer (Desterreich) meint, das Zusammennehmen der Debatte über den Imperialismus und die Konterrevolution sei natürlich, denn der Imperialismus der Sieger ist der stärkste Förderer der Konterrevolution. Desterreichs Proletariat hatten die Macht, die Bourgeoisie niederzuwerfen, aber sie fanden einen neuen Herrn, der mit den Mitteln des inneren Kampfes nicht zu helfen ist: den Imperialismus des Westens. Es ist der Schächer der dsterreichischen Bourgeoisie aus Gefäß. Hinter unter Bourgeoisie steht stets die Entente abstraktes und drohend. Für die fargen Lebensmittelforderungen fordert sie die Abgabe der Waffen, die nach dem Friedensvertrag der Entente abzuliefern sind an die ungarischen oder polnische Konterrevolution. Unsere Eisenbahner aber werden das nie zulassen. (Lebhafter Beifall.) Aber die Entente kann Repressalien ergreifen, so daß wir keine Rohstoffe, kein Brot mehr erhalten. Wir hoffen dann auf die Hilfe der Proletariats der Westländer. (Lebhafter Beifall.) Sie haben die Demonstration unserer Wehrmacht am Freitag. Ueber den Friedensvertrag hinaus fordert die Entente deren Verminderung, weil sie nicht in das kapitalistische System paßt. 1917 hat der linke Flügel unserer Partei des Selbstbestimmungsrecht der Völker Desterreichs gefordert, die Befreiung der Slawen und Romanen.

Den deutsch-österreichischen Arbeitern bedeute das den Anschluß an Deutschland. Das ist jetzt die Forderung der ganzen Partei. Unser Land ist so nicht existenzfähig. Von Paris wird eine Donau-Überbrückung empfohlen, aber nicht durch den freiwilligen Zusammenschluß der Völker, sondern wieder im habgierigen Kerker. Das wäre nur möglich, wenn Desterreich und Tschechien in Elend zusammenbrechen, so daß die weiße Horde Horthy-Ungarns gewalttätig die Föderation machen könnte. Es gibt nur eine friedliche Lösung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts Desterreichs. Sonst bricht das ganze Staatenstosystem zwischen Böhmer Wald und Siebenbürgen zusammen, und in neuen Kriegen erfolgt die Horthysierung Mitteleuropas. Den Kampf dagegen zu führen ist ein tschechisches Problem. Wir haben zu wenig internationale Verbindung, zu wenig Information, zu wenig gegenseitige Unterstützung gegen die diplomatische Intrigen der Regierungen. Das Bureau der 2. Internationale ist ohnmächtig, ebenso die Exekutive der kommunistischen Internationale. Wir brauchen ein auswärtiges Amt der proletarischen Internationale. Das soll das Bureau der Arbeitergemeinschaft werden.

Das französische Proletariat hat eine schwere Aufgabe. Wir fordern nichts, was über seine Kraft geht. Wir wissen, daß die jüdische Forderung Nordfrankreichs seine Lage sehr schwierig macht. Aber es ist nicht ihre Aufgabe, genau festzustellen, was Deutschland zahlen kann; dafür sorgen Briand und Bloncard. Unsere französischen Genossen dürfen sich nicht überlassen von der Unklugheit, die Unwände des Ausland genannt zu werden. Die Franzosen haben es schwerer als die Engländer, aber wenn sie nicht ganz entschlossen gegen den französischen Imperialismus kämpfen, gehört der Konterrevolution der Sieg. Es kommt nicht darauf an, jeden Moment in jeder Volksoberflammer Recht zu bekommen. Wichtiger ist es, rechtzeitig den richtigen Weg gewiesen zu haben. Wir erwarten die Befreiung Westeuropas aus dem Fesseln des Kapitalismus durch die soziale Revolution Mitteleuropas, durch das mittlere Beispiel. Der Sieg des Imperialismus ist der Sieg der Konterrevolution. Deshalb dürfen wir Sie aufzurufen, uns zu helfen gegen den Imperialismus bis zum Sieg der sozialen Revolution. (Stürmischer Beifall.)

Louquet (Frankreich): Wir sind uns bewußt, daß Frankreich nicht mehr das Wahrzeichen der Revolution, sondern der Reaktion ist. Aber das französische Proletariat ist dafür nicht verantwortlich. Trotz der großen Kriegselenden ist das Gefühl der internationalen Solidarität lebendig, besonders in der Verteidigung Sowjetrußlands. Die größte Feindin der russischen Revolu-

Inkon aber ist die Moskauer Exekutive, die das französische Proletariat spaltet. Das französische Proletariat ist bereit zum Kampf gegen die Hochherrschaft und die ganze andre Reaktion. Aufgestoßen der furchtbaren Lage Deutschlands und Oesterreichs ist es ein selbstständiges Recht Oesterreichs, den Anschluss an Deutschland zu verweigern. Wir brauchen eine tauschlose Internationale. Auch wir betrachten die Kommunisten nicht als Feinde, sondern als treuere Brüder. Die Wiener Konferenz ist ein geschickliches Ereignis. Wir danken dem Wiener Proletariat, daß es dieses Werk gefördert hat zum Sieg der Revolution. (Stürmischer Beifall.)

**Renardel (Frankreich)** schließt sich Vonguet's Ausführungen an. Er müsse Bauer einiges erwidern. Frankreichs territoriale Expansion sei nicht gewollt. Jetzt ist Angst vor der deutschen Revanche vorhanden, da der deutsche Sozialismus nicht gestillt hat. Frankreichs Lage sei schwierig durch den Eintritt Amerikas. Die französischen Sozialisten sind einverstanden mit einer Revision der Friedensverträge. Drei Internationale sind zu viel, sie machen das Proletariat nur ohnmächtig. Nur die Rückkehr in der Richtung einer einzigen Internationale ermöglicht den Sieg.

**Bauer (Oesterreich)** dankt Vonguet dem Beifall der Zuhörer. Die Rede Renardel sagt uns nicht Neues zum Verständnis der Wurzeln des französischen Imperialismus. Wir haben hier immer das selbe gesagt, aber es ist ein großer Unterschied, ob das ein französischer Sozialist oder ein anderer ausgesprochen. (Beifall.) Wir erklären unsern Arbeitern die Verletzung der belgischen Sozialisten im Chauvinismus aus Deutschlands Verbrechen an Belgien. Aber so darf ein belgischer Sozialist vor den belgischen Arbeitern nicht sprechen (Stürm. Beifall.), und nicht ein französischer Sozialist vor französischen Arbeitern, denn er stützt den Chauvinismus der französischen Genossen. Ich glaube nicht, daß wir ernste Differenzen mit Renardel haben, aber wir wollen nichts verschleiern, sondern den Arbeitern die Wahrheit sagen. So nur kommen wir zur wirklichen Aktion. (Stürm. Beifall.)

**Wallhead (England)**: Renardel hat recht, daß der britische Imperialismus das ungeheuerste Raubsystem ist. Die T. P. kämpft dagegen. Sie hat energisch protestiert gegen den Raub der deutschen Kolonien, gegen die Annexion Mesopotamiens und Zentralafrikas. Sie fordert die Neutralisierung Zentralafrikas und die Freiheit der Eingeborenen. Mit Bauer sind wir darin einig, daß jede Arbeiterklasse den eigenen Imperialismus bekämpfen muß. Er hofft dabei auf die Hilfe einer starken Internationale. (Stürm. Beifall.)

In der Abstimmung werden die Leitsätze über den Imperialismus einstimmig angenommen (Lauter Beifall), ebenso werden die Resolutionen in der Wiedergutmachungsfrage und gegen die Kontroversen angenommen. Die Resolution zur Georgischen Frage wird zur Kenntnis genommen und das Exekutivkomitee wird mit der weiteren Untersuchung beauftragt. Einige Delegierte Frankreichs und Russlands sind dagegen, weil sie keine direkte Stellung nehmen wollen. Die Protestresolution gegen die Unterdrückung Rumäniens und gegen den Lustmord in Ungarn werden einstimmig angenommen. Die finnlandischen Genossen schließen sich in einem Schreiben an. (Beifall.) Nach der Wahl des Exekutivkomitees erfolgt Debatschluss. Er dankt den Wiener Genossen. Das beabsichtigte Vorhaben sei in der Hauptsache gelungen. Die Arbeitsgemeinschaft sei gegründet. Nicht eine neue Internationale sei gegründet worden, es sei eine Zentrale in Vorbereitung zur Schaffung einer wirklichen Internationale, die zur revolutionären Tat führt. Hoch die revolutionäre sozialistische Bewegung! (Stürm. Hochrufe.) Die Konferenzteilnehmer himmel das Lied der Arbeit an. Dann schließt die Konferenz mit dem Gesang der Internationale.

## Der Schwarz-Prozess.

Der dritte Tag im Prozess Sonnenfeld förderte nichts Neues zutage. Der von Sonnenfeld (Water) gestellte Ablaufplan wurde von Gerichtshof abgelehnt. Der Schweregelohn von Scheidemann, Frey Henck, und Gastwirth Theodor Sommer bekunden, daß wohl häufig Schriftstücke bei Sonnenfeld vorgelegen haben, daß sich aber keine wichtigen Dokumente darunter befinden hätten. Zeuge Mahwig sagt ähnlich aus. Auf Befragen bestätigt er, von Schwarz während seiner Tätigkeit auf der Intendantur, wo er mit der Rechnungsprüfung betraut war, eine monatliche Entschädigung von 500 Mk. entgegengenommen zu haben. Er habe diesen Betrag für eine Nebenbeschäftigung, die er bei Sonnenfeld versah, erhalten. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Mahwig, daß Sonnenfeld einmal von ihm Besuche von der Intendantur zurückverlangt hätte. Dieses Ansinnen habe er abgelehnt. Auf das weitere eintägige Befragen des Vorsitzenden gibt der Zeuge aber die Möglichkeit an, Sonnenfeld privat doch einige Besuche zurückgegeben zu haben.

Im weiteren Verlaufe kamen die Provisionen zur Sprache, welche die Angeklagten Ernst Sonnenfeld und v. Frankenberg von der Versicherungsgesellschaft „Nordstern“ bezogen haben. Die Angeklagten erklären, hierzu berechtigt gewesen zu sein, während die Versicherungsgesellschaft geltend macht, nichts davon gewußt zu haben, daß die beiden Angeklagten Ankaufstelle der Marktenberei Lüttich, von welcher die Versicherungsaufträge ausgingen, gewesen sind. Es wird hierbei festgestellt, daß auch der Schweregelohn Scheidemanns, Frey Henck, derartige Provisionen bezogen hat. Der Prozess wurde auf Freitag verlagert.

## Konferenz der Rheinkommission.

Paris, 26. Februar. Nach einer Savasammlung aus Straßburg ist dort heute die Rheinkommission zusammengetreten. Betretten sind Frankreich, Belgien, die Niederlande, Italien, die Schweiz, England und Deutschland. Die Sitzungen werden bis zum 4. März dauern. Die Kommission wird sich vor allem mit der Strömung, mit der Revision der Akte von Monheim von 1898 und mit den Hafenarbeiten entsprechend Art. 358 des Friedensvertrags befassen.

## Oesterreich

### joll noch mehr ausgeplündert werden.

Wien, 25. Februar. Anlässlich der von den Nachfolgestaaten erhobenen Forderung, ihnen einen Teil des Goldschatzes der Oesterreichisch-Ungarischen Bank als Abzahlung auf ihre Ansprüche auf die Bankaktiven auszufolgen, verlangten die Liquidatoren von der Bankleitung die Ausfolgung von ungefähr 65 Millionen Goldschon und aller Tresorschlüssel, um die Forderung der Nationalstaaten zu erfüllen. Die Oesterreichische Regierung ließ die Reparationskommission erlöchen, keine Entscheidung zu treffen, ohne die Vertreter der Regierung und der Bank gehört zu haben. Mittlerweile hat die Reparationskommission die Regierung aufgefordert, den Liquidatoren den verlangten Teil der Goldreserve sofort zu überweisen und die Tresorschlüssel zu übergeben. Da nach Ansicht der Regierung dieses Verlangen im Staatsvertrag von St. Germain nicht begründet ist, bezieht die Regierung, sich an die alliierten Hauptmächte zu wenden, um die Einkahlung des Staatsvertrages zu erlangen, wobei sie sich insbesondere auf die beim Friedensschluss gegebene Versicherung stützen wird, daß die Alliierten und Ministerien der Bankrott und die finanzielle Unordnung der Oesterreichischen Republik zu verhüten wüßten.

## Ungarn will das deutsche Westungarn behalten.

Wien, 26. Februar. Die politische Korrespondenz stellt fest, daß die Neuerungen des ungarischen Regierungskommissars Grafen Steacy, wonach es zu schweren Verwicklungen kommen könne, wenn

Oesterreich hartnäckig und unveränderlich an den Bestimmungen des Friedens von St. Germain festhalte und daß Ungarn das abzutretende Gebiet unter seinen Umständen abtreten und im äußersten Falle sogar zum Schwerte greifen werde, weil dieses Festhalten in den maßgebenden Oesterreichischen Kreisen hervorgerufen habe. Die Korrespondenz sagt: Es muß der Erwartung nachdrücklich Ausdruck gegeben werden, daß die ungarische Regierung die erste Gelegenheit benutzen wird, um Klarheit darüber zu schaffen, ob sie sich mit den Meinungen ihres Funktionärs identifiziert.

## Standgericht gegen Streikende in Polen.

Warschau, 25. Februar. (D. E.) Ueber die augenblickliche Lage des Eisenbahnerstreiks, der entgegen der Abrede des Eisenbahnerverbandes mit der Regierung auf dem Warschauer Bahnhauptpunkt ausgebrochen ist, meldet der Korrespondent des Ost-Express: Der Bahnbetrieb leidet außer unter dem Maschinenstreik auch unter der Stilllegung der Bahnwerkstätten. Es verkehrt nur die Hälfte der Züge. Die Regierung erließ einen Aufruf, worin sie die Notwendigkeit der von ihr ergriffenen scharfen Maßnahmen damit begründet, daß der Streik nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur sei. Nach der Militärisierung der Eisenbahnen hat das Generalkommando ab 24. d. M. die Einführung von Standgerichten gegen Pflichtverletzung und Dienstverweigerung in Eisenbahndienst, sowie gegen die Agitation zur Betriebsstörung angeordnet; Zuwiderhandelnde droht die Todesstrafe durch Strang oder Erschießen. Die sozialistische Partei und der Eisenbahnerverband verurteilen zwar das Vorgehen der Regierung, erklären sich jedoch nicht mit den Streikenden solidarisch, da es sich um einen wilden Streik handle. Der Verband der Postbeamten hat sich nunmehr dem mit dem 7. März befristeten Ultimatum des Eisenbahnerverbandes angeschlossen und ebenfalls ultimative Forderungen der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten zum gleichen Termin aufgestellt. Zur Zeit berät der polnische Ministerrat über die Forderungen der Maschinenisten, die eine Erhöhung der Teuerungszulage von 400 auf 800 Prozent verlangen.

## Die englische Regierungskoalition vor der Auflösung?

London, 26. Februar. In der gestrigen Unterhausdebatte entging die Regierung bei der Abstimmung über Ergänzungsanträge für das Amt für öffentliche Arbeiten mit knapper Not einer Niederlage. Sir D. Maclean brachte einen Abänderungsantrag ein, den Vorschlag um 100000 Pfund zu vermindern. Für das Amendement stimmten 78, dagegen 88 Abgeordnete. Das Ergebnis wurde mit lautem Beifall und dem Ruf „Zurücktreten“ aufgenommen. Dasselbe Resultat stimmten 48 Konstitutionsmitglieder gegen die Regierung; die Mehrheit davon waren Unionisten, darunter auch die beiden Ceils. Die Blätter nehmen in Leitartikeln zu der Abstimmung Stellung. Daily News schreibt, sie sei das erste offene Zeichen der aufstrebenden Einflüsse, die in der Koalition an der Arbeit seien. Times hingegen sagt, die Wichtigkeit dieses Vorkalles dürfe vom Lande nicht übersehen werden.

## Kriegsbericht aus Irland.

London, 25. Februar. Wie Reuters aus Dublin berichtet, besagt der amtliche Wochenbericht über die Lage in Irland, daß die Angriffe auf Streikstraßen der Krone sich von 20 in der Vorwoche auf 16 in dieser Woche vermindert haben. Die Verluste der Streikkräfte betragen in der letzten Woche 12 Tote und 11 Verwundete. Die Verluste der Einheitskräfte waren schwer. Bei Madraon in der Grafschaft Cork wurden etwa 50 Soldaten, die sich auf Lastautos befanden, heute früh von 300 Bewaffneten angegriffen. Es folgte ein Kampf von zwei Stunden. Die Polizei, die zunächst die Aufständischen aus ihren Stellungen vertrieben hatte, mußte schließlich zurückweichen, wobei sie ihre Toten, darunter den Befehlshaber der Abteilung, mitnahm. Die Polizei konnte auch einige ihrer Verwundeten in Sicherheit bringen. Der Rest der letzteren verblieb in der Hand der Sinnfeinder.

Dublin, 27. Februar. (Reuters). Heute Mittag wurde eine Vorgehe-manuskript im Zentrum von Dublin von Sinnfeinden beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und verwundeten zwei Personen. Eine andere Schaar Bewaffneter brach zwischen Malrow und Harrow einen Postzug zum Stehen und raubte eine Menge Postfächer.

## Von den Räuberbanden Wrangels.

Belgrad, 25. Februar. (D. E.) Wrangelsoldaten, die von der serbischen Regierung im belebten Gebiet Slobodarna interniert worden sind, haben dort gemeinert und Räuberbanden gebildet, die eine Reihe von Mordtaten in der Gegend von Fehertempel begangen haben.

## Indien auf dem Wege zur Autonomie.

Die geschehene Verarmung in Delhi hat beschloffen, daß die indische Armee vollkommen selbständig sein sollte.

## Reichstag.

Berlin, 26. Februar, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Gesetzentwurf betr einen Nachtragetat für 1921, der der Reichsregierung eine Kreditermächtigung in Höhe von 8 1/2 Milliarden Mark gibt. — Der Entwurf wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt ein Antrag Marg (Zentr.), der von allen Regierungsparteien unterzeichnet ist und verlangt, daß für die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses eines Kindes die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches gelten, mit der Maßgabe, daß das religiöse Bekenntnis des Kindes weder vom Vormund noch vom Pächter des Kindes geändert werden kann. Nach vollendetem 14. Lebensjahre steht dem Kinde die Entscheidung über sein religiöses Bekenntnis zu. — Der Antrag geht an den Rechtsausschuß.

Bei der Weiterberatung des Reichshaushaltsplanes entspinnt sich beim Haushalt des Reichspräsidenten eine Geschäftsordnungsdebatte. Hierzu hat Abgeordneter Dr. Rosenfeld (U. Soz.) eine Entschließung eingebracht, die in Form einer Resolution die Aufhebung der bürgerlichen Einwohnerwehren fordert.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Zur Etatsberatung können nur Resolutionen gestellt werden und nicht ein in die Form einer Resolution gefasster Antrag.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Man will uns wieder wie gestern mundtot machen. Es war Werbung, daß solche Entschließungen beim Haushalt ohne weiteres zur Beratung gelangen. Auf den Inhalt kommt es nicht an, sondern nur darauf, daß die Form der Entschließung gewahrt wird.

Abg. Kleber (Dnat.): Es handelt sich um eine rein geschäftsordnungsmäßige Frage, die mit Politik nichts zu tun hat. Hier aber liegt ein Antrag vor, der nur in eine Resolution verkleidet ist. Wir müssen also die Beratung ablehnen. Selbst für eine wirtschaftliche Resolution wäre nicht der Haushalt des Reichspräsidenten, sondern der des Reichskanzlers zuständig.

Abg. Radbruch (Soz.): Auch wir sind der Ansicht, daß die Entschließung nicht in den Etat des Reichspräsidenten gehört, da der Reichspräsident nicht zuständig ist. Wir widersprechen der Beratung, obwohl wir dem sachlichen Inhalt der Entschließung zustimmen.

Die Abgg. Schulz (Dnat.) und Bell (Zentr.) widersprechen ebenfalls.

Abg. Dr. Sevi (Komm.): Der Wortlaut der Entschließung widerspricht eindeutig die Auffassung, daß es sich hier um einen vor-

weiligen Antrag handelt. Die Auffassung des Kollegen Radbruch, daß beim Etat des Reichspräsidenten über politische Dinge nicht gesprochen werden dürfe, begründet die Stellung des Reichspräsidenten.

Dr. Radhilde (Dem.): Es kommt ja nur darauf an, daß der Reichspräsident keine politische Verantwortlichkeit übernehme.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Man will sich hier nur schuldig vor den Reichspräsidenten stellen, weil man befürchtet, der Reichspräsident würde wegen seiner Politik gegen die Arbeiterschaft angegriffen werden. (Lachen rechts.) Auch hier zeigt sich die politische Unverlässlichkeit der Rechtssozialisten. Nach § 59 der Verfassung kann der Reichspräsident vor den Staatspräsidenten gezogen werden. Wir halten daher nach wie vor die Zulässigkeit unseres Antrages aufrecht. Soll es denn wieder wie früher werden, wo man an der Person des Kaisers keine Kritik üben durfte?

Gegen die Stimmen der U. Soz. und Kommunisten wird die Annahme des Antrages Rosenfeld in die Tagesordnung aufgenommen.

Es folgt die Beratung des Haushaltsplanes des Reichspräsidenten.

Berichterstatler Abg. Kötner (Zentr.): Das Gehalt des Reichspräsidenten ist auf 150 000 Mk., die Aufwandsgebühren auf 250 000 Mk. erhöht.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Die Verfassung hat mit ihrem Artikel 59 den Präsidenten absichtlich außerhalb der Parteikämpfe gestellt und die Verantwortung den Ministern gegeben. Es sind natürlich Fälle möglich, daß der Präsident im Parlament in die Mitte der Debatte gestellt wird, aber es ist doch ein Unterschied, ob es sich um eine strafrechtliche oder eine parlamentarische Verantwortung handelt. Die letztere tragen nach der Verfassung allein die gegenzustehenden Minister. Auch der politische Gegner müßte doch anerkennen, daß vom Präsidenten kein Amt im Rahmen der Verfassung unparteiisch und mit Takt geführt werden ist. Bei seinem Etat ist eine politische Aussprache durchaus überflüssig.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Wir sind nicht in der Lage, uns bei diesem Etat einer Kritik zu enthalten. Ich gebe zu, daß man gegen die Person des Präsidenten vielleicht keine Anträge zu erheben braucht, aber es sind entschieden viele sachliche Vorwürfe gegen seine Amtsführung vorzubringen. Wir können uns gegen die Reichspräsidenten Stellung genommen haben. Wir sehen in dem Reichspräsidenten nur einen Platzhalter für Wilhelm II. Die Aufwandsgebühren für den Präsidenten erhöht man, aber für die Tuberkulosefürsorge hat man nichts übrig. Wir wenden uns gegen jede Verschwendung öffentlicher Mittel und werden, abgesehen von unklaren prinzipiellen Gründen schon deshalb gegen den Etat stimmen. Wir bitten, unseren Antrag auf Vorlegung einer Statistik über die Gnadengesuche anzunehmen, denn die Art der Entscheidung von Gnadengesuchen fordert die schärfste Kritik heraus. Das Ergebnis soll die Regierung zwingen, die Gnadengesuche endlich mit größerer Milde zu behandeln. Todesurteile sollten überhaupt nicht mehr bestätigt werden. Ein Ende muß gemacht werden mit der Art, wie die Ermächtigung zur Verlängerung des Annahmestandes des vom Präsidenten gehandhabt wird; sie steht auch im schärfsten Widerspruch zu seinen Versprechungen bei Antritt seines Amtes. Warum macht der Präsident seinen Gebrauch von seiner Befugnis, den von der bayerischen Regierung verkündeten Annahmestand aufzuheben? Die Mehrheit des deutschen Volkes verlangt das. Unzulässig ist besonders die Verordnung vom Mai 1920, die für den Fall bewaffneter Widerstandes mit Zuchthausstrafen droht. Kein Monarchist ist bisher verurteilt worden, die Waffenlager werden in aller Öffentlichkeit angelegt und niemand schreibt dagegen ein. Hauptmann Pfeffer kann unbefähigt sein unerschütetes Treiben fortsetzen. Leutnant Rosbach betreibt, wie jedes Kind in Berlin weiß, seine Werbungen für die Arbeitsgemeinschaft in aller Öffentlichkeit. Die neuesten Warnungen von Stinnes und Simons zeigen, wie groß die Gefahr eines Rechtspreußens augenblicklich ist. Und da verlegt man die Verhandlung gegen Hauptmann Pfeffer ausgerechnet nach Stargard in Hinterpommern, wo dann in aller Stille der Freispruch erfolgen wird. So wird gegen die sozialistische Arbeiterschaft schärfster Klassenkampf geführt, aber das Volk wird an dieser volksfeindlichen Haltung des Reichspräsidenten erwidern, wie notwendig die Einrichtung des sozialistischen Staates ist. (Beifall v. d. Unabh.)

Bislangler Dr. Heintze: Nicht der Reichspräsident ist dem Heutze politisch verantwortlich, sondern der Reichskanzler. Darum steht die Kritik einzelner Handlungen des Reichspräsidenten in diesem Hause in Widerspruch mit der Verfassung. Auf Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen. Den Vorredner bitte ich, alle seine Angriffe bei den Einzelrats vorzubringen, wo ihm dann die Antwort nicht verweigert werden wird.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Das letzte Haus bei diesem Gegenstand kennzeichnet die hohe Achtung vor dem Reichspräsidenten. Der Reichspräsident ist wie ein Vorkriegsmitglied: Man sieht und hört ihn nicht. Wenn es richtig ist, daß die Frau die beste ist, von der man am wenigsten spricht, dann haben wir einen ausgezeichneten Reichspräsidenten. Der Rechten paßt das sehr gut. Er ist ja nur ein Platzhalter für den neuen Kaiser. Er ist in jeder Beziehung bedeutungslos geworden. (Unruhe.) Für Ebert ist ja die Kündigung schon ausgesprochen, aber man hat auch in der Reichspresse schon von den Bedingungen gesprochen, unter denen er von den Regierungsparteien wieder als gemeinsamer Kandidat aufgestellt werden könnte. Einen besseren Mann kann sich die Rechte eben für ihre Zwecke gar nicht wünschen. Die Behandlung der politischen Prozesse ist von ihm nicht anders zu erwarten. Sie (nach rechts) sollten alle derartigen Prozesse nach Hinterpommern verlegen, dort sind Sie vor Überprüfungen und Sitzungen sicher. Die Urteile in solchen Prozessen überraschen überhaupt niemanden mehr. Daß Ebert auch einmal Todesurteile unterzeichnet, ist bei seiner Wandlungsfähigkeit nicht anders zu erwarten. Bald wird er auch sein eignes Todesurteil und das seiner Partei unterzeichnen müssen.

Der Etat wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Einstimmig angenommen wird die Ausschubentschließung auf Vorlegung einer Statistik über Gnadengesuche.

Es folgt der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds.

Abg. Weyer-Zwidau (Soz.): Die leitenden Beamtenstellen der Versorgungsämter sind zu 85 Prozent mit ehemaligen Offizieren besetzt. Das steht nicht im Einklang mit der Demokratisierung der Verwaltung, die uns nach dem Kapp-Zug versprochen wurde. Auch diejenigen Personen, die in der sozialen Fürsorge tätig sind, sollte man als Bessere beim Versorgungsamt zulassen. Für eine dringliche Forderung halten wir die Vorlage des Gesetzes für die Altmilitären.

Der Haushalt wird angenommen.

Ohne Aussprache werden angenommen: Die Haushalte des Reichsmilitärgerichts und des Rechnungshofes. Abgelehnt wird die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums.

Das Haus verlagert sich auf Montag 2 Uhr: Verlängerung des Entwurfsgesetzes, Haushaltsberatung, Entlastung der Gerichte. Schluß 2 Uhr.

## Von Nah und Fern.

Ein Transportdampfer gesunken. Der Transportdampfer „Santovilla“, ein früherer deutscher Dampfer, der in einigen Tagen mit Truppen nach dem fernem Osten abgehen sollte, ist im Hafen von Southampton gesunken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Reigener in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



# Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Februar.

## Parteilangelegenheiten.

**Radbeiz.** Dienstag, den 1. März, abends 7 Uhr. Funktionär- schein im Radau-Ausgang. Alle Funktionäre müssen anwesend sein. Der Bezirksvertreter.

**Stättler.** Dienstag, den 1. März, abends 7/8 Uhr. Frauen- diskussionsabend im Restaurant Stadt Hof, Ede Hofer und Stättlerer Straße. Kämpferin mitbringen.

**Reinhold.** Dienstag, den 1. März, abends 7/8 Uhr, wichtige Funktionär- schein im Restaurant Vater Jahn, Lindenauer Straße. **Kinderschutzkommission.** Mittwoch, abends 7/8 Uhr Sitzung im Gambinhaus.

**Ortsverein Döbitz und Umgegend.** Der Volkszeitungsaussträger für unseren Bezirk ist ab 1. März der Genosse Joseph Günther, Döbitz Nr. 20.

**USP-Holzarbeiter.** Dienstag, den 1. März, abends 7/7 Uhr Sitzung im Volkshaus. Verbands- und Parteilbuch ist vorzulegen

## Weltliche Schule und Zwickauer Thesen.

Viele Lehrer stehen heute noch oder heute schon wieder auf dem Standpunkte, daß die Langsamkeit und Unmerklichkeit als die Merkmale jeder wahren Entwicklung anzusehen seien, und daß je weniger man vom Fortschritt merke, um so sicherer er vor sich gehe. Sie meinen, ein Unterricht nach den von der Entwicklung überholten Zwickauer Thesen, die ganz mächtig fortschrittlich, die Person Christi in den Mittelpunkt der Schulschau und die Person seines kirchlichen Vertreters nur vor die Schürft gestellt wissen wollen, sei die einzig richtige Methode des jezt möglichen Fortschritts. Lehrerinnen a. B. die an aufgehobenen Büch- ten sich mit ihrer Klasse in der Kirche statt in der Schule er- gößen, seien doch eher noch nach dem Zwickauer Rezept homo- pathisch fortschrittlich zu behandeln, als mit dem Operationsmesser der Leipziger Thesen, die obwohl nicht aus Kirchenfeindschaft oder Parteipolitik heraus geboren, doch selbst den meisten liberalen Geistlichen (ausgeschlossen sind vielleicht nur die 18 sozialistischen Pfarrer Sachsens), spitze Nadel in ihren evangelisch-sozialen Schuhen bedeuten. Sie finden ja später keine Anknüpfungspunkte mehr für ihre Predigten, wenn z. B. mehr als 50 Prozent aller Kinder in Leipzig vom konfessionellen oder Zwickauer Religions- un-richtig abgemeldet bleiben. Die Ausführungen des 2. Vorliegen- den Vang und der Debattierabend stellen nun in der letzten Sitzung des Leipziger Lehrervereins fest, daß die Lehrer, die aus Überzeu- gung oder persönlichen oder schulpolitisch-taktischen Gründen die Zwickauer Thesen aufrechten lassen, sich zwar jezt der Gunst der ein Kompromiß suchenden Geistlichkeit zu erfreuen hätten, daß sie aber nur, sich selbst und ihrem Stande schadend, die Pfahlfalter machten für die große Mehrheit der orthodoxen, lauernd im Hin- tergrunde liegenden. Diese Lehrer richten Verwirrung an unter der Elternschaft, die jezt auf einmal hört, daß es neben dem kirch- lich-christlichen und dem lebenskundlichen Moralunterricht noch eine Schattlerung gibt. Der letzte Kultusminister Senferich habe diese Verwirrung als Anhänger der Zwickauer Thesen mit be- günstigt und der Einheitschule nicht gedient. Der materielle Inhalt eines solchen Gehirnsunterrichts werde danach, wie ge- wünscht, von der Kirche bestimmt, und nur der formale Teil bleibe eine staatliche, pädagogische Angelegenheit. Heute, wo sich in Leipzig Superintendent und Bischof die Hand reichen, erteile der Lehrer einen solchen Unterricht nur unter ihrer stillen Duldung und auf Zeit. Alle kirchlichen Instanzen, Synode, Kon- fessio, hüteten sich auch weise, das heilige Elen anzufassen, zu sagen, ob ein Unterricht nach den Zwickauer Thesen sich in Über- einstimmung befände mit der Reichsverfassung, ebenso sehr, wie ein liberaler Geistlicher sich in acht nehme, klar zu sprechen über Jung- frauengeburt und andere Artikel. Daß jezt doch deutlich, daß man sich auf nichts festlegen wolle, sondern abwartet, bis in der Stille der Reaktion der konfessionellen Welt auf die junge Schullaute senken könne. Auch die Weimarer Beschlüsse, auf die der Vorwärts ein Jubelruf angestimmt habe, sind neben Dr. Sen- ferich schuld an der Verwirrung. Diese Verfassung müsse vielmehr forgiert werden. Endlich sind dafür verantwortlich auch die Lehrer selbst. In vielen lebe der Gedanke, daß man mit ein wenig Kompromiß die Sache meistern könne; sie sind geneigt, den un- gerechtfertigten Ansprüchen der Kirche auf die Schule nicht nach- zugeben, sondern entgegenzukommen. Werden jedoch die Lehrer geschlossen in gewerkschaftlichem Geiste zusammenhalten, dann lenkt die andere Seite ein. Uebrigens hätten die Lehrer noch zwei Punkte im Köcher. Die Schullisten seien bisher freigehalten vom Kampf. Es könnte aber auch jezt noch geschehen, daß man den Kampf um die Kinder vor den Kindern aufzunehmen gezwungen sei. Die zweite Waffe sei die möglich werdende (? D. K.) Unterstützung der Kirchenaustrittsbewegung im Volk und im Verein. Es sei eine „unerhörte Inkonsequenz“, daß Anhänger des Kaufmänn- tums und Sachkennner der kirchlichen Kampfesweise diese finan- ziell noch unterstützten. Der Kampf mit der Kirche für die Kultur und freie Schule werde noch Jahrzehntlang dauern. Würde die gelamte Lehrerschaft überzeugt sein, daß man nur durch die welt- liche zur einheitschule Schule komme, würden die zur Seite Stehen- den sich mit in die Reihen stellen, so käme man eher zum Ziele. Die Volksschullehrer kämpften für die Wahrheit und müßten siegen, wenn jeder seine Pflicht tut.

## Erfahrungen aus dem preussischen Wahlkampfe.

Im revolutionären Wahlkreis Halle-Merseburg haben am 20. Februar eine Anzahl Leipziger Genossen als Wahlhelfer eigen- artige Beobachtungen machen müssen, die die kommunistischen Klassenkämpfer im „roten Herzen“ von Deutschland recht wert- wärdig beleuchteten. Uns wird darüber berichtet: Ein U. S. P. Genosse verteilte in einem Orte Stimmzettel für die Liste Kunert. Ein gut gekleideter Mann kommt auf das Wahllokal zu. Der kommunistische Stimmzettelerverteiler versteht keine Zettel auf den Rücken und tritt harmlos in den Hintergrund. Der Mann ver- langt einen Zettel von Kunert und sagt: „Das ist der richtige,“ dann wirft er ihn weg. Unser Genosse stellt den Mann zur Rede, ob er nicht wisse, daß die Zettel teuer sind, er brauche doch keinen Zettel zu verlangen. Nachher kommt der kommunistische Stimm- zettelerverteiler aus dem Hintergrund hervor, er freut sich und sagt: „Das war gut, daß du es dem mal gesagt hast, das war nämlich der Pfarrer.“

In den vielen Orten haben unsere Genossen beobachtet, daß die Wahlbeteiligung erst nach der Beendigung des Gottesdienstes härter wurde. Die Arbeiter gingen erst zum Pfaffen und nach- her wählten sie kommunistisch. In Bitterfeld wollten die Arbeiter eines Betriebes streiken, weil unsere Parteigenossen sich weigerten, einen Sowiejstern zu kaufen. In Leipzig soll es noch Parteimit- glieder der U. S. P. geben, die — um unangenehmen Auseinander- setzungen zu entgehen — sogar auf Sammelstellen zum kommunisti- schen Pressefonds zögen. Ein Genosse hat bei seiner Wahlhelfer- beobachtung, daß kommunistische Propagandarebner vom Vormittag am Nachmittag mit dem Sowiejstern an der Brust ihr Kind in die Kirche zur Taufe tragen. In Liebenwerda sind von 140 Kom- munisten 100 Mitglieder des Arbeitervereins.

Die kommunistische Partei hat eine große Anzahl Mitglieder gewonnen, die bisher dem politischen Leben ferngeblieben haben. Diese Leute sind aber mit ihrem Eintritt in die kommunistische Partei nicht politisch klare, klassenbewußte, revolutionäre Arbeiter

geworden. Die kommunistische Partei hat nicht ihre Mitglieder, sondern die Mitglieder haben die kommunistische Partei verändert. Die kommunistischen haben von dem Juchens ihrer Partei die Nase jezt schon gründlich voll, das zeigt die Besetzung der KKW.

## Eine Protestaktion der Leipziger Mieter.

Am Sonntagvormittag hielt der Leipziger Mieterverein eine Anzahl Protestversammlungen gegen die dauernden Mietsteige- rungen ab. Die Versammlungen tagten im Neuen Gasthof Gohlis, im Neustädter Gasthof, im Albertgarten und in den Friedrichs- hallen. Es wurde folgender Protest an die Reichsregierung be- schlossen: Die organisierte Mieterchaft von Leipzig und Umgegend protestiert entschieden gegen die geplante Mietsteuer und den neuen Reichsmietengesetzentwurf, ferner gegen den gegen die guten Sitten verstoßenden Hausbesitzermietvertrag. Sie fordert die sofortige Ausgabe von Heilmitteldarlehensscheinchen und Wiederbringung des Septembertenants zum Reichsmieten- gesetz mit den Abänderungsvorschlägen des Mieterbundes.

Die Versammlungen beschäftigten sich auch mit der Spruch- praxis des Leipziger Mieteneinigungsamtes. In den Friedrichs- hallen wurde folgende Resolution angenommen: Die heute in den Friedrichshallen versammelten Mieter Leipzigs erheben schärfsten Protest gegen die Spruchpraxis des Leipziger Mieteneinigungsamtes. Vor allen Dingen geben sie ihrer Entrüstung Ausdruck über die unmäßige Mietsteigerung. Diese beträgt in vielen Fällen weit über 50 Proz. der Friedens- miete, trotz der Mitteilung der Reichsregierung an die Entente, daß die Mieterhöhungen nur 40 Proz. betragen. Die Ver- sammlung ist der Überzeugung, daß die Tätigkeit der im Miet- einigungsamt zugelassenen Sachverständigen wesentlich zur Miet- erhöhung beiträgt. Die Versammlung ersucht den Rat der Stadt Leipzig und die Stadtverordneten um sofortige Befesti- gung der Mißstände.

# Metallarbeiter!

Genossen! Eine wichtige Entscheidung steht bevor. Am Sonntag, dem 8. März, findet die Neuwahl der engeren Orts- verwaltung durch Uerwahl statt. Der Kampf um die Ortsverwaltung ist der Kampf um die Erhaltung der Gewerkschaften

Anfichts der geschlossenen, gutgerüsteten Reaktion gibt es, das letzte Volkwerk des proletarischen Befreiungskampfes, die Gewerkschaften, als wirksame Waffe zu erhalten!

Wer die Macht der Arbeiterklasse steigern, wer das Proletariat vor unmüßiger Beroelendung und politischer und sozialer Rechtlosigkeit bewahren will, werde eifrig für folgende Liste der USP.D.:

- 1. Bevollmächtigter: Teichgräber, Richard
- 2. Bevollmächtigter: Lorus, Franz
- 1. Kassierer: Weibe, Otto
- 2. Kassierer: Herrmann, Ernst
- Beisitzer: Bruchardt, Richard
- „ Winter, Otto
- „ Fischer, Franz
- „ Muschik, Otto
- „ Kändel, Paul
- „ Schwebbe, Johannes
- „ Weß, Heinrich
- „ Rauschenbach, Johannes
- „ Löwe, Max.

Die bisherige Tätigkeit dieser Kollegen bürgt dafür, daß sie in jeder Situation befreit sein werden, das Beste für ihre Kollegen und die Organisation zu tun.

## Demonstration der Kriegsofoper.

Der Internationale Bund der Kriegsofoper, die Verbände der Lungentranken und Arbeitslosen haben am Sonntag vormittag eine gemeinsame Kundgebung. Die Opfer des Krieges, der kapitalistischen Wirtschaft fanden sich zuerst in mehreren Ver- sammlungen ein, wo einige Redner über ihre Forderungen an das Reich sprachen. Verlangt wird zunächst eine Feuerungsanlage in Höhe einer dreimonatlichen Rente, da die Not in den Kreisen der Kriegsofoper, der Invaliden überaus groß ist. Dann sollen die Rentenläufe mit höherer Auslegungslage nach dem im Jahre 1920 festgesetzten Reichsverdichtungsgehalt endlich ausgesetzt werden. Weiter sollen eine Reihe dringender Forderungen der Lazarettsinvaliden erfüllt werden. Diese verlangen vor allem Erhöhung ihrer Haus-, Talschen-, Uebergangs- und Kleibergebelde, da inzwischen die Feuerung enorm zugenommen hat. Vor allem erheben sie eine Forderung des Vertrauensmännerbüros in den Lazaretten. Die Lungentranken und Arbeitslosen stellen auch ihre Forderungen auf, da sie unter der kapitalistischen „Ordnung“ besonders schwer zu leiden haben. Ihre Renten sind immer noch so gering, daß sie dabei verhungern müßten.

Nach den Verammlungen formierten sich die Teilnehmer, Männer, Frauen und Kinder, zu einem geschlossenen Zuge. Er bildete eine kumme aber gewaltige Anlange gegen die bürgerlich- kapitalistische Gesellschaft, die zuerst die Massen in den Krieg ge- betet hat, um zu mehr Macht und größerem Reichtum zu gelangen, und die jezt die Opfer ihrer imperialistischen Politik im Elend vorkommen läßt. Dem Zuge vorangetragen wurde ein großes rotes Banner. Weiterer Banner und Fahnen wurden im Zuge mitgeführt. Zahlreiche Transparente enthielten die Forderungen der Demonstranten. Blasse Kinder trugen ein Schild mit der Aufschrift: „Macht an uns wieder gut, was Ihr an unsen Vätern geübt hat.“ Auf einem andern Transparent war ein bettelnde r Krieger abgebildet. Über ihm und unter ihm standen die Worte: „Dank des Vaterlandes, Wollt Ihr ändern? Wieder andere Schilber enthielten die Worte: Heraus mit allen Leuten! 1. 4. 1920 gegen die zuckenden Gebühren! Hinweg mit allen Unterleuten! Gleiche Renten den Witwen.“ Der Zug begab sich zuerst nach dem Reichsgericht, von hier aus bewachte er sich langsam nach dem Augustusplatz. Die Straßen, durch die die Demonstranten schritten, waren fast menschenleer. Insbe- sondere fehlte die Bourgeoisie, die noch eine Stunde vorher auf dem Augustusplatz die Willkürherrschaft umgirtet hatte. Als die Kriegsofoper entzogen, war der Platz verödet. Man will das Elend nicht sehen, und man hat kein Interesse für die Opfer der verbrecherischen Politik.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 2. März, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird unter anderem beraten über das Ortsgesetz, betr. die Tage-

gelber und Reisekosten der Ratsmitglieder und städtischen Beamten, über die Rückführung des Rates zu Konto 29 Wäber des Haus- haltplanes für 1920/21, über die käufliche Uebernahme von Land des Johannishospitals an der Biederstraße auf die Stadtgemeinde, über eine Eingabe wegen Ausführung der städtischen Bildhauer- und Stuckarbeiten in Regie, über eine Eingabe wegen des Ver- kaufes von Schulbibliothek an die Schuljugend, über die Ueber- nahme des Kinderkrankenhauses in städtische Verwaltung.

Die Welthandelspalast-Aktiengesellschaft, die keine Aktien- gesellschaft ist. In Nr. 17 der Leipziger Gerichtszeitung ist eine Erklärung der Welthandelspalast-A.G. Leipzig abgedruckt, in der es heißt:

„Nach den vorhandenen Unterlagen ist festzustellen, daß die mit der Sache betrauten Personen keineswegs darauf bedacht sind, Gelder usw. anzunehmen, sondern alle Unkosten usw., die nicht ganz unbedeutend sind, lediglich aus eigenen Mitteln der Sache geopfert haben, um jedann bei Verwirklichung dieses Projektes durch die Großbanken die betr. Hypotheken besorgen zu lassen.“

Wie den Leipziger Neuesten Nachrichten mitgeteilt wird, wollen sich die Verfechter des Meßpalastbaues mit der Ablehnung ihres Projektes durch Rat und Stadtverordnete nicht beruhigen. In den nächsten Tagen soll die Eintragung der AG. erfolgen und dann ein erneutes Gesuch den städtischen Kollegien unterbreitet werden. Die Verfechter des Kleinenprojektes haben also alle An- sätze der Propaganda aus eigenen Mitteln gedockt, die Aktien- gesellschaft besteht gar nicht. Die Klame für den Bau ist immer- hin eine falsche Sache gewesen, zumal ja wenig Aussicht be- steht, daß sich die Ausgaben der Klame bezahlt machen.

Wie die Kleingärtner gekränkt werden. Raum ist, wie man uns schreibt, die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Garten- und Schrebervereine gegründet, so laufen auch schon täglich An- fragen und Klagen über zu hohe Pachtpreiserhebungen und Pach- kreistigkeiten ein. Das Reichsgesetz über die Kleingärten und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 mit den Ausführungs- bestimmungen und den festgesetzten erteilten und bezifferten Pach- kreistpreisen, das den Kleingärtner vor einer allzu krassen Un- berechtigung schützen soll, ist den Herren von der Scholle verhasst. Und wie lassen sich die unwilligen Opfer noch schröpfen. — Mit allen Fajern hänt so ein Kleingärtner an seiner mit Mühe und Arbeit errichteten Parzelle. In der ständigen Ungewißheit und Angst nahender rückstichloser Kündigung läßt er sich immer wieder ver- bliffen und traut sich nicht, das, was ihm Gesetz und Recht ge- währt, zu verlangen und zu behaupten. Der Pachthöchstpreis für den Stadtbezirk Leipzig ist 10 Pfennig pro Quadrat- meter. Werden Kündigungen angesprochen, erhebt jezt sofort Protest beim Einigungsamte des Rates der Stadt Leipzig. Eine Ver- zögerung hebt das Recht des Einspruches auf. — Wahr einer Recht:

Ein- und Ausreisepaum für die tschechoslowakische Meß- besucher. Das Meßamt hat sich in letzter Zeit nochmals mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt und um eine Verbilligung des Ein- und Ausreisepaumes für tschechoslowakische Meßbesucher, das auf 48 Kronen festgesetzt worden war, gebeten. Dem An- suchen ist nunmehr stattgegeben worden, und zwar haben die tschechoslowakischen Kaufleute für jedes Wism um Ein- und Aus- reise nur 26 Kronen zu zahlen. Wie der ehrenamtliche Vertreter des Meßamts für die Leipziger Mustermessen in Prag mitteilt, werden bei Rücksendung der Pässe den Antragstellern auf Er- teilung des Sichtvermerks die zuviel gezahlten Beträge verpfändert.

Gegen die Anwohnerung der Meßbesucher. Das Leipziger Meßamt hat, wie es uns schreibt, durch Verhandlungen mit den Interessentengruppen erreicht, daß der Valutausgleich für In- länder mit sich bringen mußte, in Zukunft in Wessal kommen soll Der Rat der Stadt Leipzig hat weiter versucht, eine Einteilung der Hotels in Klassen durchzuführen. Es ist aber nicht ge- lungen, dafür die nötige Einwilligung der Gegenpartei zu er- zielen. Um nun Ueberforderungen zu verhindern, bittet das Meßamt alle Meßbesucher, die sich benachteiligt fühlen, ihm zu melden, wenn Uebermäßige Preise für Wohnungen, Speisen und Getränke in Hotels und Gastwirtschaften verlangt werden.

Es ist bezweifelnd, daß die Hotelbesitzer an der Schröpfung der Meßbesucher durchaus festhalten. Ob man gegen sie energisch vor- gehen wird? Ueberforderungen werden häufig vorkommen. Der Kampf gegen die Standablätter. Nachdem durch die Staatsanwaltschaft bereits vor einiger Zeit das weitere Erscheinen der Senfationsblätter: Die Fadel und Gros und Venus verhindert worden war, ist nunmehr, nach einer Meldung des Leipziger Tageblattes, auf Beschluß des Amtspräsidenten Leipzig auch die Zeitschrift: Die Liebe auf Grund des § 184 Abs. 1 wegen ihres teilweise unzüchtigen Inhalts beschlagnahmt worden. Die Zeit- schrift wurde von dem Detektivinstitut in Leipzig, dem In- haber des Privat-Detektivinstitutes Claus, herausgegeben.

Das Verbot der Schaufensterbeleuchtung wird für die Dauer der Frühjahrsmesse vom 8. bis mit 12. März 1921 auf- gehoben. Die Beleuchtung ist auf das unbedingt erforderliche Maß einzuschränken.

Elternabend. 48. und 49. Volksschule, Montag, den 28. Februar, abends 7 Uhr, im Schulsaal der 48. Volksschule: Jugendliteratur und Schundliteratur (Lehrer Schlesinger). Zugleich Ausstellung guter Jugendschriften. — 5a. Volksschule, Eltern- abend am 2. März, im Saale der 5a. Volksschule, Wallenhaus- straße 7. Beginn 7 Uhr. Musikalische und literarische Dar- bietungen. — 45. Volksschule, Elternversammlung in der Turnhalle, U.-Lindenau, Demmeringstraße 84, Dienstag, den 1. März, abends 7 Uhr. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht des Elternrates. 2. Vortrag des Herrn Dr. Hempel über das Thema: „Wie soll ich meine Kinder über sexuelle Fragen belehren?“ An- schließend freie Aussprache. Dieselben Fragen werden am Donnerstag, dem 3. März, abends 7 Uhr, für die Eltern der 42. Volksschule in der Aula der 42. Volksschule be- handelt. Auch dort wird zahlreicher Besuch erwartet.

Wachtung, Arbeitslose, Kurzarbeiter! Ab Dienstag, den 1. März, findet Kohlenstraße 4 Verkauf von prima Buchenholz, Ofenklänge geschnitten, zum Preise von 14 Mk. pro Zentner, an Arbeitslose und Kurzarbeiter statt. Als Ausweis dient für Ar- beitslose die Stempelkarte, Kurzarbeiter haben sich vom Betriebs- rat einen Ausweis ausstellen zu lassen. Verkauf durchgehend, auch Sonnabends, von 8 bis 3 Uhr. Erwerbslosenrat.

Die Volkshöhle wird ein — Variété. Das Variété Drei Linden A.-G. hat, wie sie uns mitteilt, die Räume des früheren Stadt Nürnberg, der späteren Volkshöhle am Bagerischen Bahnhof übernommen, um sie zu einem neuen Unternehmen umzuwandeln. Es wird unter dem Namen Variété Lichtspiele Apollo- Theater in allernächster Zeit eröffnet.

Freidenter. Mittwoch, den 2. März, Beginn des Redner- kursus, Volkshaus; Sonntag, den 13. März, vormittags 9 Uhr, Bezirksitzung.

- Lebensmittellisten für Dienstag, den 1. März. Für Haushaltungen. Anmeldung, Leigwaren: Letzter Tag — abzugeben Marken 14 R Lebensmittelliste Reihe R (250 Gramm). Reis: Letzter Tag — abzugeben Marken O 4 Sonderlebens- mittelliste für über 65 Jahre alte Verpflegungsberechtigte, Hilfsmarle S 1/3 P Lebensmittelliste für Kinder bis zu zwei Jahren, Hilfsmarle SN 18 S 3 Lebensmittelliste für Schwangere

us, Hilfsmarke B 1 gelbe Milchmarke für über zwei bis vier Jahre alte Kinder, Hilfsmarke D 1 rote Milchmarke für über vier bis sechs Jahre alte Kinder (je zwei Pakete).  
Ausgabe: Kohlenarten für Gewerbe, Behörden usw. im Kohlenamt, Hartortstraße 1, II. Obergeschoss, 8-1 Uhr, Buchstaben Sebo-Bez.  
Kohlenausgabe für Erwerbslose: Plagwitz (Elisabethallee, Maß & Co.) 9-1 Uhr.  
Ausgabe von Bezugskarten an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene: Große Fleischergasse 14, II. Stock, Zimmer Nr. 1, Buchstabe H-M.

**Veranstaltungen der Arbeiter- und Sportvereine.**  
**Naturfreunde.** Bezirk Rodau-Schönefeld. Freitagabend am Montag, dem 28. Februar, fällt aus. Mittwoch, den 2. März Ergebungsabend. Instrumente mitbringen. Anfang 8 Uhr.

## Sächsische Angelegenheiten.

**Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen im Januar 1921.**  
Nach dem Bericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung hat sich die Lage des sächsischen Arbeitsmarktes im Januar weiter verschlechtert. Die drohende Belastung des Wirtschaftslebens durch die Forderungen der Feindstaaten wirkt lähmend auf den Geschäftsgang in allen Industriezweigen. Bei der Unsicherheit der Lage vermindern sich die Auslandsaufträge, auf die Sachsen besonders angewiesen ist. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes zeigt sich in der Zunahme der Zahl der Arbeitslosen, die Anfang Februar bei 58 größeren Arbeitsnachweisen 90 501 gegen 83 518 bei 59 Arbeitsnachweisen Anfang Januar betrug. Die Zahl der Erwerbslosen in ganz Sachsen ist wesentlich höher. In der Landwirtschaft hat sich die Zahl der Erwerbslosen bei den an der Fällung beteiligten Arbeitsnachweisen auf 3000 erhöht, worunter sich allerdings eine große Zahl Sommerarbeiter befinden. Nach Ostpreußen konnten einige Trupps jüngerer Arbeitskräfte wieder in ihre alten Arbeitsstellen vermittelt werden.  
In der Industrie der Steine und Erden hat sich die Arbeitsmarktlage für Steinmehnen verschlechtert. In den Ziegeleien wurde die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen. Auf den Geschäftsgang der Glas- und keramischen Industrie wirkten schlechte Rohstofflieferung und Abgabemangel ungünstig ein.  
Die Metallindustrie zeigte eine weitere Zunahme der Erwerbslosen, obwohl in Leipzig der Streik der Metallarbeiter beendet worden ist.  
Auch im Spinnstoffgewerbe liegt die Zahl der Erwerbslosen wieder. Besonders zeigte sich der Rückgang in der Strumpf- und Wirkwarenindustrie. In der Handwebindustrie des Rochitzer Bezirks, ebenso in der vogtländischen Silderei- und Spinnindustrie ist keine Besserung eingetreten.  
Im Leipziger Buchbindergewerbe nahm der Beschäftigungsgrad nach dem Weihnachtsfest stark ab, beliebt ist aber gegen Ende des Monats wieder durch das beginnende Schuljahresgeschäft.

In der Holzgewerbe hielt die rückläufige Bewegung an und verschärfte sich besonders in der vogtländischen Musikinstrumenten- und der ergebirgischen Spielwarenindustrie.  
In Nahrungs- und Genussmittelgewerbe waren nur die Zuckerwaren- und die Zigarrenindustrie gut beschäftigt. In Bekleidungsindustrie ist der Beschäftigungsgrad zurückgegangen. Sowohl bei den Schneidern als auch bei den Schuhmachern vermehrte sich die Zahl der Erwerbslosen. Die Flumenindustrie mußte wegen Abgabeschwierigkeiten die Beschäftigung einschränken.  
In Faugewerbe stieg trotz der milden Witterung, die teilweise die Wiederaufnahme der Bauten ermöglichte, die Zahl der Erwerbslosen.

Das Berufsbildungsgewerbe hatte für Schüler bessere Beschäftigungsmöglichkeiten, dagegen gestaltete sich die Arbeitsmarktlage für Drucker unglücklich.  
In Handesgewerbe brachte die Auflösung der Heeresabwicklungsstellen einen erhöhten Zustrom an Erwerbslosen.  
Das Gastwirtsgeerbe bot nur wenig feste Stellen, die Nachfrage nach Auswärtigen war etwas lebhafter. Am stärksten haben unter dem wirtschaftlichen Rückgang die ungelehrten Arbeitskräfte zu leiden, deren Zahl sich bei 58 Arbeitsnachweisen von Anfang Januar bis Anfang Februar von 31 500 auf 34 000 erhöhte. Die Nachfrage nach ständigen weiblichen Hauspersonal nahm nach der durch das Weihnachtsfest bedingten kurzen Zeit wieder zu. Besonders wurden einfache Stützen gesucht. Der Bedarf konnte trotz der Bemühungen der Arbeitsnachweise nur zum geringen Teil gedeckt werden.

### Dresden und die Landestheater.

Die Stadt Dresden und ihre Einwohner, und besonders auch die der reichen Villendorfer sind bisher durch die Landestheater kolossal begünstigt worden. Die Kosten für diese kolossalen Kunststätten, deren Defizit von Jahr zu Jahr höher stieg, legten dem ganzen Lande immer schwerere Opfer auf. Dresden allein hatte den Vorteil davon, ohne selbst etwas beizusteuern. Dieser Zustand wurde auch deswegen immer unerträglich, weil andere Städte mit eigenen Theatern, wie Leipzig, Chemnitz, Plauen, jedes Jahr aus eigenen Mitteln noch Millionen für diese Zwecke aufbringen mußten. In der Volkstammer wurde schon wiederholt eine Änderung gefordert, und die Verwaltung der Stadt Dresden hatte sich endlich auch bereit erklärt, eine bescheidene Summe für die Landestheater beizusteuern.  
Jetzt hat die Regierung der Stadt Dresden einen Vertrag vorgelegt. Sie verlangt von der Stadt 40 Proz. Zuschuß zu dem Fehlbetrag, der sich bei den Staatstheatern in jedem Jahre ergibt. Für 1920 ist ein Zuschuß von 4931493 Mk. erforderlich, so daß die Stadt Dresden bei Annahme jenes staatlichen Vorschlages 192573 Mk., also rund zwei Millionen Mark beizutragen hätte.

### Verbilligung der Vororttarife?

Wie wir erfahren, findet demnächst auf Antrag Sachsens und verschiedener süddeutscher Staaten eine Konferenz über Artliche

Offenbahnfragen mit dem Reichsverkehrsministerium statt. In a. soll auch die Frage der Verbilligung der Vororttarife beraten werden. Sachsen verlangt bekanntlich seit Jahr und Tag eine Ermäßigung der Vororttarife für Dresden, Leipzig und Chemnitz mit der Begründung, daß kein Anlaß bestehe, nur Berlin und Hamburg derartige Vergünstigungen teilwerden zu lassen. Diese Frage ist bereits vor kurzem bei den entscheidenden Beratungen über die Erhöhung der Personen- und Gültarife getreift worden, aber die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums haben die Erweiterung der billigen Vororttarife abgelehnt mit Rücksicht auf die wahrscheinlich dadurch entstehenden finanziellen Ausfälle. Da jedoch nicht nur Sachsen, sondern auch andere Staaten an dieser Frage lebhaft interessiert sind, soll sie erneut eingehend beraten und hoffentlich einer endgültigen politischen Lösung ausfindig werden.  
Von der U. S. V. Fraktion im Landtag ist vor einigen Wochen bereits in einer Anfrage die Regierung ersucht worden, gegen die Verteuerung des Vorortverkehrs Schritte zu unternehmen.

### Valikraftwagensteuer in Sachsen.

Die sächsische Regierung plant die Einführung einer allgemeinen Valikraftwagensteuer für den ganzen Freistaat Sachsen. Verschiedene sächsische Orte haben eine solche Steuer bereits eingeführt, so Dresden, Verdau usw.

### Der Aufbau des Siedlungswesens in Sachsen.

Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung über den Aufbau des Siedlungswesens in Sachsen erlassen. Danach bildet das Landeswohnungsamt die oberste Landesbehörde für die Bearbeitung des Siedlungswesens innerhalb der Ministerien, abgesehen von der Bearbeitung des Reichswohlfahrtswesens, für das das Reichswohlfahrtsministerium zuständig ist. Dem Landeswohnungsamt wird ein Landeswohlfahrtsbeirat beigegeben, dem Vertreter von Siedlern, von Behörden und gemeinnützigen Einrichtungen, die sich mit Siedlungsfragen befassen, sowie von Siedlungsvereinigungen angehören. Dem Beirat fallen folgende Aufgaben zu: 1. Beratung des Landeswohnungsamtes in Siedlungsangelegenheiten im allgemeinen; 2. tatsächliche Neuerungen bei wichtigeren Maßnahmen in Siedlungsangelegenheiten, namentlich vor Erlass von Gesetzen oder allgemeinen Verordnungen; 3. der Beirat kann von sich aus in Siedlungsangelegenheiten dem Landeswohnungsamt unterbreiten. Den Amtshauptmannschaften als Bezirkswohlfahrtsämtern fällt die behördliche Förderung des Siedlungswesens, namentlich der Landbesiedlung, die Durchführung der Siedlungspläne und Verordnungen, die Beratung der Siedler und Auffklärung über das Siedlungswesen zu. Ihnen sind Bezirkswohlfahrtsräte anzuschließen, für die die Bestimmungen über den Landeswohlfahrtsbeirat sinngemäß Anwendung finden. Entsprechende Einrichtungen sind auch bei den Städten mit revidierter Städteordnung zu treffen.

**Wiesla.** Die sozialistischen Vertreter im Stadtverordnetenkollegium brachten einen Antrag ein, wonach der Übergang auf die Oberrealschule erst nach dem 6. Schuljahre erfolgen und das Schulgeld nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern stark gestaffelt werden soll. Eine Abordnung soll dem Kultusminister Fleckner diese Wünsche vorbringen und um Zustimmung ersuchen. Der Antrag befragt ferner, ob die Errichtung einer neuen nichtständigen Lehrerbildung an der Oberrealschule nur aufgehoben werden soll, wenn der Rat der Entscheidung der Abordnung ins Kultusministerium zustimmt. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter von der Linken angenommen.

**Zittau.** Über den Umfang der Hausarbeit in der Textilindustrie des Zittauer Bezirkes sind auf Veranlassung des sächsischen Wirtschaftsministeriums von der Zittauer Danabank Erhebungen angestellt worden. Diese haben folgende Ergebnisse gebracht: Hausweber hat 46000 in der Baumwollweberei 163 selbständige und 258 nichtselbständige mit 950 Webstühlen, in der Fein- und Halbfleinweberei 159 selbständige und 504 nichtselbständige mit 600 Webstühlen, in der Bandweberei 347 selbständige und 382 nichtselbständige mit 793 Webstühlen, in der Zwirnweberei 10 selbständige und 68 nichtselbständige mit 72 Webstühlen und in der Hocharmweberei 15 selbständige und 58 nichtselbständige mit 70 Webstühlen. Kleine Fabriken weisen die Halbwollweberei und die Strumpfwirker auf. Die Gesamtzahl der Hausweber in der Zittauer Textilindustrie beträgt 1981, davon sind 633 selbständige und 1279 nichtselbständige.

**Freiberg.** Die sächsischen Kollegen haben die Einführung der Pflichtfortbildungsschule für Mädchen solange abgelehnt, als der Staat keine Mittel dazu gewährt, da die Stadt aus eigenen Mitteln die dadurch entstehende Belastung des Staats nicht zu tragen vermag.

**Schönfeld i. G.** Die Eisenverlebung der Rittergüter Schönfeld und Wiesla in den Gemeindefreigebieten Schönfeld ist von Beteiligten beschlossen worden.

**Wendischbora.** Unter dem dringenden Verdacht, den Brand auf dem Thiemelchen Heuboden angelegt zu haben, wurde in Leipzig der Kordmacher Paul Quanz verhaftet.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Kommunistische und unionistische Methoden!

Der Streik der Straßenbahner im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist wider Erwarten schnell beendet worden. Die Unternehmer haben sich bereit gefunden, den Dortmund Schiedspruch anzuerkennen mit der Einschränkung, daß ledige Straßenbahner 1,70 Mk. pro Tag weniger erhalten als die verheirateten. Damit sind die Forderungen der Arbeiter im wesentlichen erfüllt. Dieser rasche und unerwartete Erfolg ist in erster Linie der ebenso besonnenen wie entschlossenen Führung der Bewegung durch den Deutschen Transportarbeiterverband zu verdanken.

Im Gegensatz zu diesem Beweis geschickter Streikführung durch die Zentralgewerkschaften steht das Verhalten der Union, die durch ihre ungeschickte Art, Arbeiterkämpfe zu führen, in der rheinischen Industriezeitung den Unternehmern Anlaß gegeben hat, zu einem unerhörten Vorstoß gegen die Gesamtarbeiterchaft auszuholen. Die Arbeitgebervereinerung von Neuß und Umgebung, Untergruppe Eisen, macht in großen Zeitungsinseraten bekannt, daß sie ihre sämtlichen Mitglieder aufgefordert hat, das Vertragsverhältnis zu den Arbeitern mit einer Frist von vierzehn Tagen, d. h. zum 9. März, zu lösen. Die Arbeitgebervereinerung behauptet, daß das Verhalten der Union und der kommunistischen Arbeiterführer sie zu diesem Schritt zwinge. Es besteht nämlich seit dem 14. Januar bei einer Neuzer Eisenstrang ein Streik. Es handelt sich hier um eine Belegschaft von 200 Mann. Die Unternehmer behaupten nun, daß die Unionisten durch die Art ihrer Agitation unerträgliche Zustände eingeführt haben. Das

Verhalten der Unionisten bildet natürlich nicht den einzigen Grund zu dem Vorgehen der Unternehmer, aber man sieht an diesem Beispiel, wohin die Arbeiterkämpfe durch die unionistische Art des Kampfes getrieben wird.

Ein weiteres Beispiel für die unerhörten Mächenschaften der Kommunisten bietet ein Vorfall in Kassel. In einer Versammlung des Metallarbeiterverbandes ist der Kommunist Dilweil dem Genossen Dittmann entgegengetreten. Als man ihn am Sprechen hindern wollte, weil er nicht Mitglied des Metallarbeiterverbandes sei, zog Redakteur Dilweil ein Mitgliedsbuch aus der Tasche! Wir haben festgestellt, daß dieses Mitgliedsbuch mit Hilfe eines kommunistischen Mitgliedes des Metallarbeiterverbandes Benrath erschlichen wurde. Dilweil ist selbstverständlich niemals Metallarbeiter gewesen, und hat keinerlei Recht, sich als Mitglied des Metallarbeiterverbandes auszugeben. Geradezu skandalös aber ist es wie in marktschreierischer Weise die kommunistischen Blätter diesen plumpen Schwindel benutzen, um dem Genossen Dittmann in schmutzigster Form Vorwürfe über sein Auftreten in Kassel zu machen.

Neberall zeigt sich, daß die Kommunisten nicht fähig sind, die wirtschaftlichen Kämpfe zum Vorteil der Arbeiterkämpfe zu führen. Daran müssen am nächsten Sonntag auch die Leipziger Metallarbeiter denken, wenn sie zur Wahlurne schreiten, um die Ortsverwaltung für das laufende Jahr zu wählen.

Die Liste der U.S.P.-Gewerkschaftler zur Ortsverwaltung Leipzig des Deutschen Metallarbeiterverbandes beginnt mit dem Namen

### Leipziggrüner-Nebe.

Genossen, agitiert unermüdbar für diese Liste!

### „Objektive“ Berichterstattung.

Im roten Kurier Nr. 22 wird der Bericht über die Generalversammlung der Metallarbeiter in der Leipziger Volkszeitung als Tendenzbericht bezeichnet und durch verschiedene Berichtigungen auch nachzuweisen versucht. Auf dieselben einzugehen, verlohnt sich nicht. Nur an einem Beispiel soll gezeigt werden, von welcher Seite tendenzlos berichtet wurde.

Im Kurier ist zu lesen: „Die Resolution Ehrhardt wird bei einer Besucherzahl von ungefähr 3000 gegen 80 Stimmen angenommen. Dann wird der Anzeiger zu erwidern versucht, daß ein hoher Prozentsatz der Leipziger Metallarbeiter von der Notwendigkeit der Resolution überzeugt war. Aber in welchem Stadium der Versammlung die Abstimmung erfolgte und daß im besten Falle nur noch 800-1000 Kollegen anwesend waren, wird nicht erwähnt. Das nennt man dann „sachliche Darstellung“.

Welcher Zweck wird überhaupt mit der Resolution Ehrhardt die sich gegen die Beiratsbeschlüsse wendet, verfolgt? Doch nur der, die Aufmerksamkeit der Kollegen abzuwenden vom eigenen Treiben, das zu offensichtlich parteiweisig verfolgt.

Die Kommunisten erhalten ihre Anweisungen von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, einer außerhalb der Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkämpfe stehenden Instanz. Und diese Anweisungen laufen durchweg auf die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisation hinaus. In Nr. 5 des kommunistischen Gewerkschafters, dem Organ der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, erfolgt die Aufforderung, kommunistische Listen bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen aufzustellen, entgegen dem Aufruf der gewerkschaftlichen Betriebsratszentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Wahlen auf einheitlicher, freigewerkschaftlicher Grundlage unter Ausschaltung von Parteigruppierungen vorzunehmen. Im roten Kurier und in anderen kommunistischen Parteizeitungen wird Tag für Tag die Auflockerung an die Arbeiterkämpfe gerichtet. Kommunistische Fraktionen innerhalb der Betriebe zu bilden, also einen Keil in die Belegschaften zu treiben. Die Folgen davon haben sich schon gezeigt. Bei den stattgefundenen Betriebsratswahlen konnten gelbe Vertreter ihren Einzug halten. Gegen beratliche Zersplitterungsarbeit wendet sich in seinen Beschlüssen der Beirat.

Die Resolution Ehrhardt protestiert weiter gegen den Aufruf des Vorstandes in Nr. 7 der Metallarbeiterzeitung, der sich gegen die „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ wendet, die von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale einberufen wird. Die Folgen von beratlichen schädigenden Treibern werden sich im Metallarbeiterverband genau so auswirken, wie in anderen Organisationen, wo solche Konferenzen bereits stattfanden.

Die Leipziger Metallarbeiter haben alle Ursache, den Vorstand in seinem Vorgehen zu unterstützen, alle Versuche, die Störfkraft des Verbandes zu lähmen, im Entstehen zu unterdrücken. Mit entschiedener Offenheit muß den Leuten, die so offen Zersplitterungsarbeit treiben, gesagt werden, daß sie schädliche der Organisation sind und als solche behandelt werden müssen, mögen sie sich noch so sehr dagegen aufbäumen.

Wie gut wir in unserm Bericht den Kern der Wahrheit getroffen haben, bestätigt die Tatsache, daß die Kommunisten sachlich gegen denselben nichts einwenden können. Windwütend schlagen sie deshalb mit Verdrehungen und dem gemeinen Mittel der Verleumdung auf den mutmaßlichen Berichtstatter, den Koll. Schlä, los. Die Beweise dafür wird man allerdings schuldig bleiben. Aber was tut? Es ist ja ein verhasster U.S.P.-Mann. Dem Inspizitor dieser Verleumdungen ist schon zu empfehlen, seine Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit der kommunistischen Helfer im Bureau zu richten, daß sie immer das notwendige Pflichtbewußtsein aufbringen. Wie sehr es daran mangelt, zeigt aufs deutlichste die Auffstellung der Kandidatenliste der K.P.D. für die Ortsverwaltung. Als erster Kassierer an Stelle des Koll. Neide kandidiert da der Kollege Emil Lindner. Auf die Frage, ob er sich wirklich für befähigt halte, den verantwortungsvollen Posten des ersten Kassierers einer so großen Organisation zu übernehmen, erklärte er ehrlich genug, das sei nicht der Fall, aber er glaube auch nicht, daß er gewählt werde. Seine unbedingte Pflicht war es deshalb, von vornherein auf eine solche Kandidatur zu verzichten, wenn er sich nicht den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit zuziehen will.

Für alle Kollegen ergibt sich hieraus die Pflicht, alle Kandidaten auf Herz und Nieren zu prüfen.

## Ausschließlich reines Terpenfinöl



und nur erstklassige Wachse werden zur Herstellung von  
**Dr. Guntner's Schuhputz Nigrin**  
verwendet, daher die bessere Qualität gegenüber allen minderwertigen Handelsmarken.



**Emser Wasser**  
gegen  
Katarhe  
u. s. w.

Streichortige  
**Oel- u. Lackfarben**  
empf. in Friedensqualität  
**Lo. Kaspar Nachf.**  
Leipzig-Plagwitz  
Zschochersche Str. 30

## 19 Mt. ein Zimmer Tapete

Billige Erneuerung von Wohn- und Geschäftsräumen. Große Auswahl.  
in einfacher Ausführung Mt. 1,50-3,50 die Rolle  
in mittlerer " " 4,00-6,00 " " " "  
in feiner " " 7,00-15,00 " " " "

**Wachstuche** Tischdecken, Federstiche, Tisch-Einleinen, Nappe, Bohnerwachs, Weißleinen  
**Windelhöschen**, sehr gelobte Qual., billig.  
Kustante gen. Bernbr. 00616.

**Bernh. Restler** Eisenbahnstr. 99  
an der  
Elisabethstr.

Achtung! Wieder eingetroffen: Achtung!  
**Malzextrakt, rein**  
Malzextrakt-Eisen, Malzextrakt-Kalk, Wachholderextrakt für Blutarme, Bleichsüchtige, Strohhühner, sowie Nieren- und Blasenleiden empfindlich auf neue  
**Theodor Scheiblich** Naturheil-  
fundierte L.-Connwitz  
Lönniger Straße 138. Behandlung nur Freitags und  
Sonnabends 12-3 Uhr, Sonntags 7-12 Uhr.  
**Abonnenten** berückichtigt bei Euren Einkäufen die  
Inferenten der Leipziger Volkszeitung



# U.S.P.D. Gross-Leipzig

Mittwoch, den 2. März, abends 7 Uhr, Beginn der **wissenschaftlichen Vorträge** in der Schulaula. Teilnehmern ist am Eingang der Schulaula noch zu haben. Arbeitslose Genossen haben gegen Vorzeigen der Partei- und Arbeitslosenqualifikation freien Zutritt. Der Vorstand.

**Lindenauer Jahrmarkt!**  
Dienstag u. Mittwoch  
2 billige Fischtage



**la Seefische**  
ohne Kopf 1.50 an  
8 Pfund v. Mk.

Frische grüne Heringe  
Salzheringe 1.50 an  
bei 2 Pfd. Milch gratis.

Große Auswahl in  
Räucherwaren.

**Hamburger Fischhalle**  
L.-Lind., Odemannstr. 2

**Blutfrische Seefische**  
ff. Seelachs  
Kabeljau  
Lengfisch  
in ganzen Fischen Pfd.  
im Ausschnitt Pfd. 1.60

Bei Einkauf von 3 Pfund Fischen  
**Fischgewürz gratis!**  
Fischgroßhandlung  
**Walter Baumann**  
Wurzner Straße 2a. Tel. 60721.

# Ortsverein Leipzig-Eutritzsch.

Mittwoch, den 2. März, abends 7/8 Uhr, im **Solenschlößchen**  
**Öffentliche Volksversammlung**

Tagesordnung:  
1. Der Reichswirtschaftsrat, seine Aufgaben und seine Tätigkeit. Referent: Genosse **Heinrich Keder**.  
2. Freie Aussprache.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Leipzig  
Telephon 3407

Büreau: Werdnerstr. 1. II., Hotel Victoria, Zimmer 16-19 und 23-24. Geschäftsstelle: Zimmer 16-18 von 8-12 u. 4-6 Uhr, Sonnabend durchgehend von 9-3 Uhr. Zimmer 23 von 9-8, Sonnabend von 1-8 Uhr. Zur glatten Abwicklung der Geschäfte ist es notwendig, die Geschäftsstelle auch pünktlich einzulassen.

Mittwoch, den 2. März, nachm. 5 Uhr, im **Volkshaus, Café**  
**Versammlung der Betriebsräte, Delegierten und Branchenvertreter.**

Tagesordnung: 1. Beratung über eventuelle Anträge zum Gantag. 2. Aufstellung der Kandidaten für den Gantag und Verbandstag. 3. Die zukünftige Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Zahlstelle, eventuell Vorschläge für die Wahl von 12 Bezirksvertretern. 4. Verbandsangelegenheiten. Betriebsrats- oder Delegiertenliste ist vorzulegen.

Mittwoch, 9. März, abends 7/8 Uhr, im **Volkshaus, großer Saal**  
**Mitgliederversammlung.**

Tagesordnung: 1. Beratung und Beschlußfassung über die Anträge zum Gantag. 2. Wahl der Kandidaten für die Neuwahlen zum Gantag und Verbandstag. 3. Die zukünftige Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Zahlstelle und Wahl von 12 Bezirksvertretern. 4. Verbandsangelegenheiten. Anträge unserer Mitglieder zum Gantag sind bis zum 7. März an die Ortsverwaltung einzulegen.

Sonntag, den 13. März, vormittags 9 bis 1 Uhr, in den **Bezirkszahlstellen**  
**Wahlen für den Gantag und Verbandstag.**

**Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter (Zahlstelle Leipzig)**  
Dienstag, den 1. März, nachm. 5 Uhr, im **Pantheon, Dresdner Straße**  
**General-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht vom Gewerkschaftsrat und Arbeitsnachweis.  
2. Vorschläge der Kandidaten zur Ortsverwaltung. Wahl sämtlicher Funktionäre.  
3. Beschlußfassung über das Ortsstatut.  
4. Verschiedenes.  
Austritt nur gegen Mitteilungsblatt.  
Die Ortsverwaltung.

**Freie Turnerschaft L.-West**  
Mittwoch, den 2. März, abends 7 Uhr  
in „Stadt Rügen“  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Bericht vom Bezirksrat. 2. Unre Plananlage. 3. Verschiedenes.

## Kleiner Anzeiger

### Arbeitsmarkt

**Berletter Schleifer**  
für Lohnverdienst, speziell auf Fahrzeugteile gesucht  
**Behmann & Co., Burastr. 20**  
**Schneiderin** ins Haus gesucht  
Bismarckstr. 53, I.  
**Suche für sofort eine Frau ohne Anhang**  
d. meine Wirtschaft verlor  
u. d. Kinder, selbst verdienen können. w. m. Frau i. Kronenb. 3. melb. b. Oberbism. Rittergut  
Winaudorf (Waldau).  
Saub. Aufwartg. 4 mal woch. gesucht  
Pl., Nietzschstr. 27, II.  
Zus. Kinder, Ostermädchen, d. s. Haus schlaf. l. i. H. Haush. gel. Jabnstr. 51, II. I. Berger.

### Verkäufe

**KOWNOER**  
von Goldfarb 50g nur M. 1.50  
Gerberstr. 40 u. Elsterstr. 3.  
Wiederverkauf: Engrospreise  
ab Fabriklag. Elsterstr. 17, pt.

### Schuhwaren

geben auch in einzelnen Paaren. Engrospreise  
ab. Verkaufzeit 9-11 u. 3-6  
Richard-Wagner-Str. 12. I.

### Eleg. Jackett-Anzüge

in blau, braun und grau,  
1 u. 2-reihig, auf Sportform.  
**Mancheiter-Sportanzug:**  
starke Figur, verkauft  
Abn., Frommannstr. 12, Lab.

### Von Herrschaften!

wenig getr. Herren- u. Damen-  
Garderobe, Kostüme, Kleider,  
Mantel, Röcke, Blü., Schuhe,  
Bettwäsche, Federbett, s. bill.  
Wettl. Kamf. Steinweg 28, I. I.

### Gelogenheitskäufe

in Jadedampfen, Wit., Hol.,  
Reithol., M., Mant., Blü.,  
eins. Bad., Betten, Arbeitsb.  
Rauhsche Gasse 6, Lab.

**Zwei Jackett-Anzüge**  
neu, 375, getragen 250, Gehrod-  
Anzug, 2 gestr. Pol., sehr prägn.  
Demmeringstr. 72, II. I. K.

**Gehrodanzug** billig zu ver-  
kaufen, Preis 250 u. 1, Dichte-  
str. 100, pt. I. am Schlachtbof

**Konfirmanden-**  
Anzug 150 Mark  
**WADEWITZ**  
Indmühlstr. 33, I. Etr.

Eleg. Cutaway m. gestr. Soie,  
Halter, Gehrodanzug, 2 mod.  
Jackettanzüge, alles sport-  
billig Lange Straße 10, I. I.

### Hosen

300 beste Stadtbader  
Arbeitshosen, Ledertuch  
schwarz und grau, prima  
Mantel und gestreift  
verkauft billig  
**FRITZSCHÉ**  
Frommannstr. 12, Lab. I.

### Hosen

feldgrau, schwarz, anobl.  
gestreift, Manchester, bill.  
**WADEWITZ**  
Indmühlstr. 33, I. Etr.  
Kein Laden, nur L. Etage.

6 Haden, w. f. Kelln. u. Köche  
of. Bude, Gutenbergstr. 5, II. I.

### Parke

**Rostim-Stoffe und -Röcke**  
verkauft auch einzeln an Pri-  
vate Marktballenstr. 16, III.

**Strickwolle für Stricker!**  
E. Winkler-Schletterstr. 22, pt.

Federbett, gebraucht, Chaisel-  
longue, schwer, Erdow., 250 u.  
□ Tisch mit Wandstuh., neu,  
verk. Baderische Str. 42, II. I.

### Nhm. - Kleiderdränke

Rücken, Vertiko, Umbauten,  
Korinthe, Waschtische, Bett-  
stellen, Matrassen, Aufl., Bett-  
nische, Stühle, Truemeau,  
Schreibtische, Bilder u. ganze  
Zimmer, a. auf Teilzahlung,  
Wollstoffe, Humboldtstr. 23. I.

### Möbel

aller Art, sehr billig  
Odenbleger, Gerberstr. 5, I.

Schranke, Vertiko, Truemeau,  
Schreibtisch, Chaisel-longue,  
Sofa, Tisch, Bettstellen,  
kompl. Kücheneinricht. u. v. a.  
billig gegen Bar sofort i. verk.  
Wilmshilfstr. 25, I. Grobe.

Kuhb., Vertiko 275, Tisch 100,  
Schreibt. 375, Stuhl 10, Wäsche-  
str. 125, Schrankestr. 49, III. I.

**Kleiderstr. 280, Vert. Tisch,**  
Rüche b. Wa., Schmiebeckstr. 7, p.

2 Schränke u. 1 Federbett of.  
Conn., Bornastraße 21, I.

Sofa (rot), Kleider-, Vertiko,  
Tisch of. Wa., Gwaldr. 17, pt.

Chaisel-longue, 200 Mark, zu  
verk. Dresdner Str. 69, S. I. W.

Wettstelle mit Watrasse u. of.  
Co., Leopoldstr. 31b, I. Richter.

### Fahrrad-Gummi

nur beste Marken, allerbill.  
**Fahrrad-Reparaturen**  
sachmännlich, schnell, billigt  
**Beyer**  
Steinweg 33

S. u. D. Rad. hochf., vert. b.  
Tröbler, Kohlgrabenstr. 29, III. I.

**Klappsporwagen**, fast neu, mit  
gt. Verb. bill. Turnerstr. 1, pt. r.

Brom- u. Klappwagen  
Sportb., Lindenau, Markt 1, I. e.

Sig. Diegewagen zu verkaufen,  
Lind., GutsMuthstr. 7, I. I.

Sig. Diegewagen billig zu  
verkaufen, Einertstr. 10, I. W.

Widelformen zu verkaufen  
Plag., Lauchstädter Str. 10, I.

**Hausfrauen**  
fordert einzig und allein  
**Jurgens & Prinzens**  
**Cocosa-**  
Pflanzen-Butter-Margarino  
**Solo-**  
Margarino  
als besten Ersatz für  
**Butter**  
Vorkaufs-Preis: □-Stück Mark 13.30, Pfund 13.- Mark  
In allen Nahrungsmittelgeschäften und den Verkaufsstellen des  
Konsumvereins zu haben.  
Laufend treffen frische Sendungen ein.  
Fabrik-Lager: Eduard Brado, Leipzig  
Kontor: Montbestr. 4 - Lager: Brandenburger Str. 4 - Fernspr. 2265

Sofa, Chaisel, Crustusstr. 2, p. r.

5 Bettstellen m. gut. Jaub. Matr.  
ie 200-275, Chaisel, 275, 2 Tische  
70-120 u. 8 Biederstr. 10, I. I. K.

Wettstelle, gehr. m. gt. Matr.,  
Küchenstuhl, Stühle Spiegel,  
Wuasunglich, 280 u. moderne  
Tische verkauft **Güntzer**,  
Turnerstr. 19, 2. Hofstr.

Rähmisch, gutnäth., of. pr. v. v.  
Weth, Frankfurter Str. 22.

Rähmisch, f. neu, gutnäth., 270  
Stö., Sommerfelder Str. 21, II. I.

Ringsch., Rähmisch, f. neu, of.  
Stö., Sommerfelder Str. 21, II. I.

Serr. u. D. Rad m. Gu., Trbl.,  
Neut., Eisenbahnstr. 13, S. II. r.

Fahrrad, Desimalwage 20, III.  
Rahsch., Schönauer Weg 20, III.

Kinderw., 33 tr. thür. Kartoff.  
verk. Wolkm., Gwaldr. 17, pt.

Kinderw., sehr gut erh. 280 u.  
a. of. Reuich., Kirchstr. 58, III. I.

Korbwagen, hell, i. Sängef.,  
Sportbilla Mittelstr. 9, I. I. K.

Alpov m. D. Wagn. St. 6, IV. W.  
Klappwagen u. Sofa Tisch of.  
Bornastraße 46, pt. I. Boigt

Brühfab., Eistab., Wanne  
sehr bill. Körnerstr. 2, P.

2 Kaninchenställe of. Neut.,  
Eisenbahnstraße 47, R. Wolf.

### Kaninchenstall

zu verkaufen, Kaninchenstr. 15, I. r.

Schlachtsäge zu verkaufen  
Lindenau, Credstr. 10, III. W.

Zu verk. 1 **Terrier**  
(Hündin), 1 1/2 Jahr alt, sehr  
machbar, Kims Lu., Leipziger-  
Risch., Klagenstr. 58 (Lab.)

# Holz-Versteigerung

im **Wenzelröder Wald bei Borsdorf**  
Freitag, den 4. März, vorm. 10 Uhr, kommen circa:  
40 eich. Röhre 16-30 cm | 10 eich. Stämme 17-25 cm  
10 eich. " 10-37 " | 100 eich. Stämme 8-19 "  
20 birch. " 20-33 " | Ober- u. Mittelst. 2-10 cm Länge  
80 Laubholz, Lang- und Abraumhaufen  
gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.

## Familien-Nachrichten

Ein dreifaches Hoch  
dem Silberpaar  
**Hermann u. Anna Segmüller**  
L. Volkmarstr., Mariannenstr. 109, II.  
am 1. März 1921

**Alfred Krebs**  
Kürschnermeister  
**Martha Krebs**  
geb. Nebel  
beehren sich ihre am 1. März 1921 stattfindende  
Vermählung bekanntzugeben.  
Leipzig-Volkmarstr., Mariannenstraße 109, II.

Gestern verstarb  
**Herr Assistent Hermann Pusch**  
seit 14 Jahren bei der Kasse tätig. Wir verlieren  
einen Angestellten, der sich abgesetzt durch Gewissen-  
haftigkeit auszeichnet hat. Ein ehrendes Andenken  
wird ihm bewahrt werden.  
Leipzig, am 28. Februar 1921.  
Der Vorstand der Allgemeinen  
Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig  
R. W. W. Vorstände.

Heute morgen verstarb nach kurzem Kranken-  
lager unter Dreher, Herr  
**Willy Höpfner**  
Wir verlieren in ihm einen treuen gewissenhaften  
Mitarbeiter, einen lieben Kollegen und Freund,  
dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.  
Leipzig, am 28. Februar 1921.  
**Lämmorhirt & Co., Maschinenfabrik.**  
Das Gesamtpersonal der Firma  
Lämmorhirt & Co.

Für die unendlich vielen Beweise liebevoller Teil-  
nahme beim Hinsange unserer lieben Tochter  
**Martha**  
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, Herrn  
Vater folgt nach Kommanden, Herrn Lehrer  
Hauhold und Schulfreunden sowie den lieben  
Hausbewohnern innigen Dank. In tiefer Trauer  
L. Neubnit, Gabelberger Str. 24, S. II.  
Willy Wagner im Namen alle Hinterbliebenen.

## Felle-Einkauf.

Ih hin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher  
Häute und Felle zu **Albin Wagner, Querstr. 27.**  
höchsten Tagespreisen.

## Kaufgesuche

**Fr. Glaser** Kaninchen  
Steinweg 48, Lab.  
Telephon 1312

## Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,

Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,  
Wollhaussch., Gold- u. Silber-  
Waren, f. w. n. n. n. n. n. n. n. n. n.

## Kaufe Herren- u. Damen- garderobe, Wäsche aller Art, Federbetten, Schuhe, ganze Nachlässe, Kammer, Kleiderstr. 14, I. I. T. 10527.

## Gehrod- u. Jackett- anzüge u. Herrengarderobe kauft Bahn, Lange Str. 10, I. u. Demmeringstr. 72, II. I. \*

## Kaufe Herren- u. Damen- garderobe, Wäsche, Betten, Bett- u. Leibw., Goldhaussch., Kliff., Kanfische Wäsche u. pl. Strahenbahn b. Wartenberg

## Kaufe Möbel, Sofas, Matz., a. defekt, Brühlstr. 10, I. I. K.

## Sil. Rd.-Gitterbett m. Matr., kauft Lorenz, Off. m. Preis Connexstr. Hermannstr. 7, II.

## Alte Taschenuhren kauft Uhrmacher Urban Spezialist für Reparaturen Wächterstraße 26.

## Nähmaschine kauft Kappe, Nürnberger Str. 11.

## Nähmaschine a. Preis, i. ff. a. Tab., Siedterstr. 3, I. r.

## Alte Fahrräder, auch zerbrochene u. ohne Gummi, kauft: Scheller, Leipziger- Str. 6, Tel. 5267.

## Kaufe Bruch-Gold u. Silber Platin = Uhren

Silbergeräte  
Wollhausschöne  
**May Israel,**  
Uhrmacherladen, I.  
Brommenstr. 5.

## Wohnungen

Freundl. Schlafstelle i. anst.  
Mann i. d. 40er Jahren zu  
vermieten, Off. u. A. B. Hl.  
Wiaawitz, Weiheneller Str.

## Schreibm.-Arbeiten

Verpflanzungen, Zeugn.,  
Abdrück. Fr. Weiss, Kron-  
prinzipstr. 76 III. r. T. 4408. I.

## Kammerjäger Wagner

wohnt Schenkerstr. 11, S. I.

## Wertvolle

sofort oder später zu mieten  
gesucht. S. Berlin.  
Neubnit, Wallwischstr. 4.



Internationale sozialistische Konferenz.

Wien, 24. Februar 1921.

Die Verhandlungen begannen mit der Debatte über das Referat des Genossen Friedrich Adler. Schreiber (Rusland): Man glaubte in der Vergangenheit zu sehr an die Kraft des Kapitalismus und zu wenig an die revolutionäre Kraftentwicklung des Proletariats.

Erzpielen (Deutschland): Die Differenzen, die sich jetzt im Proletariat zeigen, wurden gewissermaßen erzwingen durch die weltpolitische Situation. Wir können beobachten, daß das Kapital sich im Endkampf befindet um seine weitere Behauptung als Beherrscher der Weltwirtschaft.

Die Arbeitermassen verlangen außer theoretischen Gründen auch praktische Parolen für die Gegenwart. Wir müssen schon jetzt den Versuch machen, uns international aktiv zu betätigen.

Im Rätesystem unterscheiden wir zwei große Aufgaben. Das wirtschaftliche Rätesystem soll neben seinen wirtschaftlichen auch die Aufgaben haben, die Gegenstände zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten, den verschiedenen Schichten des Proletariats zu beseitigen.

Topalowitz (Tugoslawien): Es wäre falsch, ein möglichst großes Programm zu schaffen und sich dann einzubilden, daß damit die Menschheit ausgerettet wird.

heit eine Regierung bilden, die man mit Herrschaft der arbeitenden Klassen bezeichnen würde. Wir müssen uns deshalb freimachen von solchen demokratischen Ausdrücken und betonen, daß von dem Vorhandensein der Bedingungen zur Herbeiführung des Sozialismus nur dort die Rede sein kann, wo wir eine Mehrheit des revolutionären Proletariats haben.

Schliweli (England): Es ist unsere Aufgabe, die brutale Herrschaft der Kapitalisten zu stürzen. Wir können sie nur erfüllen, wenn wir alle Elemente der zerrütteten Arbeiterbewegung wieder vereinigen. Wir streiten uns vielfach um theoretische Fragen, zuweilen sind es Haarspaltereien.

Kunfi (Ungarn): Dieser Kongress ist eine Folge der Ablehnung des Versuchs, die Erfahrungen der russischen Revolution auf die Kampfmethoden des westeuropäischen Proletariats zu übertragen. Diese inechtsche Übertragung ist nicht möglich, sie dient nicht der Vollendung der Revolution, sondern fördert die Weltreaktion.

Kaure (Frankreich): Es ist notwendig, daß wir uns offen einsehen, daß solange wir keine Internationale haben, wir keine internationalen Aktionen unternehmen können. Als uns in Frankreich die Bedingungen von Moskau vorgelegt wurden, die für uns ziemlich opportunistisch waren, kamen doch große Meinungsverschiedenheiten auf.

nationale sind, diese Beispiele immer wieder vor Augen führen, aus denen sie erkennen können, welche Wirkungen die Spaltung hervorgerufen hat. Es wird notwendig sein, daß wir uns zurückwenden zu den Kongressen und Grundrissen von gestern, und wir in diesem Sinne eine Basis der internationalen Aktion wiederfinden.

Abrahamowitsch (Rusland): Rückkehr zum alten Dogma und zu alten Beschlüssen ist nur in sehr beschränktem Maße möglich. (Sehr richtig!) Es ist etwas ganz anderes, jetzt, und was früher war. Früher lag die soziale Revolution in ferner Zukunft. Jetzt sind wir bereits mitten drin.

Grimm (Schweiz): Genosse Adler nannte die Internationale ein Problem der Geburt. Es ist aber nicht ein Problem der Geburt, sondern des Vertrauens. Das Vertrauen muß erworben, erkämpft werden. Erkämpfen können wir es nur im Kampfe mit der Bourgeoisie eines jeden Landes.

Siehe auf die Sitzung auf Freitag 12 Uhr verlag.

### Konferenz der Frauen.

Am Donnerstagvormittag fand in Wien eine Konferenz der weiblichen Delegierten zur Internationalen Sozialistischen Konferenz statt. Gabriele Probst begrüßte die Delegierten, dann sprach Adelheid Popp über die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zwischen den Frauenbewegungen der einzelnen Länder. Sie schlug vor: Gegenseitige Berichterstattung und Austausch von Material über Gesandtschaften und Anträge, die die Frauen im besonderen betreffen, wie Frauen- und Kindererziehung. Für diesen Austausch soll eine Zentralkasse geschaffen werden, die dort ihren Sitz hat, wo das internationale Bureau der Arbeitergemeinschaft der sozialistischen Parteien errichtet wird. An der Debatte beteiligten sich: Sender (Deutschland), Deutsch (Frankreich), Murn (Berlin), Freundlich (Wien), Goldschmidt (Tepfik), Schleichinger (Wien), Topalovic (Serbien), Brodski (Australien). Es wurde angeregt, die Independent Labour Party einzuladen, dieser internationalen Verbindung beizutreten und sich in dieser Frage auch an Louise Samoncau in Paris zu wenden.

### Der Kaffeler „Rote-Armee“-Prozess

Zu Beginn der Mittwoch-Verhandlung wurde festgestellt, daß der Zeuge Aufderstraße, der ordnungsmäßig geladen war nicht erschienen ist. Das Gericht beschloß, den Zeugen zum Freitag vorführen zu lassen und gleichzeitig in eine Ordnungstrafe von 100 Mk. zu nehmen. Rechtsanwalt Dr. Wolff: Das Verhalten des Aufderstraße bestätigt uns, daß er ein Spionist ist. Staatsanwalt Dr. Meyer: Ober aber es bestätigt, daß er ein Mittäter ist, denn sämtliche Personen, die ich sonst noch verfolgte, sind flüchtig.

Hierauf wurde Kriminaloberwachmeister Wittka aus Essen als Zeuge vernommen, der seinerzeit das Material bei Schröder beschlagnahmt hatte. Danach wurde in der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren und der Angeklagte Klumüller vernommen, der als Hauptangeklagter angesehen wird. Er gibt folgende Schilderung über seine Tätigkeit und über die bestehende Organisation. Nach dem Kapp-Putsch hatte sich in Düsseldorf ein kameradschaftlicher Verband, ein sogenannter Wanderkreis, gebildet, der einen sportlichen Verein darstellte. Später habe sich diese Organisation mit einem extremen Verband zusammengeschlossen, der besonderen Wert auf eine Abwehrorganisation gegenüber den Bewegungen von rechts legte. Als Klumüller hörte, daß diese Organisation eventuell mit den Gerichten in Konflikt kommen könne, hat er im verflochtenen Sommer den Wanderkreis aufgelöst. Das vorhandene Material will er einem Genossen übergeben haben, der es zu einer Broschüre verarbeiten wollte. Anfang Januar hat er dieses Material zusammen mit Neuen in einer Kiste wieder erhalten und in seiner Wohnung untergestellt, wo es dann beschlagnahmt wurde. Später haben sich dann in der Arbeiterschaft Bestrebungen geltend gemacht, gegenüber den immer größer werdenden Organisationen von rechts eine Abwehrorganisation zu schaffen, die ein neues Aufleben des Kapp-Putsches unmöglich machen würde. Die Parteileitung der U. S. V. D. habe sich damals mit aller Entschiedenheit gegen solche Bestrebungen ausgesprochen, die Arbeiterschaft habe aber nicht nachgelassen und habe schließlich ein Gerippe von Führern einer solchen Abwehrorganisation aufgestellt. Er, Klumüller, habe das immer für Spielerei gehalten, habe aus dringende Vorstellungen seiner Genossen hin sich daran insofern beteiligt, daß er den Nachrichtenendienst übernommen habe, und zwar, um Anschläge dieser Bewegung zu verhindern. Der Vorsitzende verliest aus dem bei Klumüller beschlagnahmten Material eine Menge Einzelheiten militärischer Natur. Der Angeklagte antwortet wiederholt auf die Bemerkungen des Vorsitzenden, daß das mit dem Nachrichtenendienst doch nichts zu tun habe, daß es sich bei diesen Aufzeichnungen um einen sogenannten Kopf handle, der sich W. D. L. nannte und in Düsseldorf tagte. Diese W. D. L. bestimmte wieder andere Genossen als Regimentsorganisatoren oder als Regimentsführer, die wieder in ihren Bezirken die Genossen zu einem eventuellen Kampf organisatorisch und statisch erfassen sollten. Das ging dann so weiter in Bataillone und Kompanien.

Hierauf werden die politischen Zeitschriften vorgelesen, in denen es heißt: „Es ist notwendig, sofort Vorbereitungen zur Durchführung der nächsten Revolution zu treffen. Die Kitzentrale der Betriebsräte muß den richtigen Mann an die richtige Stelle setzen. Bei den militärischen Stellen ist das bereits geschehen. Dann folgt die Einteilung der verschiedenen Degernate. Bei den Ortswehren heißt es, daß die reaktionären Elemente und überhaupt die bürgerlichen Organisationen aus der Polizei und der Kriminalpolizei entfernt werden müßten. Die Gewerbebehörde sei in ein Wucheramt auszuwandern. Dann folgen weitere Anweisungen über Arbeitsamt und Wohnungsfürsorge, und zum Schluß heißt es: Der Volkswacht besteht aus drei Mitgliedern der militärischen Vertreter und sechs Vertretern der Betriebsräte. Dann wird ein Befehl der W. D. L. vorgelesen, der folgenden Wortlaut hat: „Jedes Regiment hat dafür Sorge zu tragen, daß bis zum 5. Januar 1921 für sämtliche Kompanien ein Verjammlungskalenber aufgestellt wird. Die Kompanien würden wöchentlich einmal Zusammenkünfte abhalten die eine Art Appell darstelle. Die Bataillons- und Regimentsgerippe müssen mindestens einmal in 14 Tagen zusammenkommen. Bei diesen Zusammenkünften ist die Anwesenheit militärisch zu melden, und zwar melden die Gruppenführer ihre Gruppen den Zugführern, die Zugführer ihre Züge den Feldwebeln und diese dann weiter an die Kompanieführer. Meldungen hierüber sind binnen 48 Stunden an die W. D. L. zu erstatten. Im Falle der Unterlassung dieser Appelle wird den betreffenden Führern eine Rüge erteilt. Im Wiederholungsfall erfolgt Aburteilung durch die Soldatenräte.“ Vorl. zum Angeklagten: Das stammt erst aus der allerletzten Zeit, und daraus ergibt sich klipp und klar, daß Anfang dieses Jahres eine militärische Organisation regelmäßige Appelle abgehalten hat, und zwar auf Befehl der W. D. L., der auch Sie angehört haben. Staatsanwalt Dr. Meyer:

Aus den beiden Schriftstücken ergibt sich auch die enge Verknüpfung des Politischen und des Militärischen. Wie ich schon gesagt habe: Die W. R. P. D. ist ein Staat, in dem das Militärwesen nur ein Degernat bildet. — Angeklagter: Ich gehöre ja der U. S. V. D. erst seit 6 Wochen an. Früher war ich bei der U. S. V. D. Staatsanwalt Dr. Meyer: Jawohl, nach der Spaltung der U. S. V. D. kamen die Vorströmungen für das, was jetzt hier unter Anklage steht. Rechtsanwalt Dr. Wolff: Diese Zeitschriften sind ja nicht nur Programmpunkte einer einzigen revolutionären Partei. Sie sind bei allen Parteien zu finden, die den Kitzgedanken propagieren, also auch in den Reihen der U. S. V. D.

Der Vorsitzende verliest einen weiteren Befehl der W. D. L. und eine Liste mit dem Waffengattungen, die von der W. D. L. noch angefordert werden. Aus all diesen Schriftstücken teilt der Vorsitzende als interessant mit, daß man daran fortlaufend die Tätigkeit Klumüllers sehen könne. Es gelangt sodann ein Brief zur Verlesung, den Klumüller am 14. Januar d. J. an die W. D. L. gerichtet hat und in dem er im Auftrage der Zentrale Berlin die Stafette für den Kurierdienst übermittelte. — Vorl.: Was ist denn das für eine Zentrale Berlin? — Angeklagter: Das ist die Parteizentrale. Vorl.: Was hat denn die Partei damit zu tun? — Angeklagter: Der Kurierdienst sollte auch im Interesse der Partei gelaufen werden. — Vorl.: Hat denn die Parteizentrale den Kurierdienst organisiert? — Angeklagter, nach eintem Hören: Nein, er ist von der W. B. J. organisiert worden. — Staatsanwalt Dr. Meyer: Woher belamen Sie sein Ihr Geschäft? — Angeklagter: Von der W. D. L. Düsseldorf. — Staatsanwalt: Nicht von der Partei? — Angeklagter: Nein. — In einem weiteren Schriftstück heißt es, daß Klumüller von der W. D. L. in Berlin 800 Mk. erhalten habe. Rechtsanwalt Dr. Wolff bemerkt hierzu, daß der Angeklagte kein Geld von Düsseldorf aus den Reihen der Arbeiterschaft bekommen habe, und zwar aus Sammlungen für Aktionsausflüsse usw. — Ein Zeiger: Für welchen Zweck wurde denn gesammelt? — Angeklagter: Für den revolutionären Kampf, aus dem die Opfer aus den Kapp-Tagen Unterstützung erhielten. — Vorl.: Wohl auch für die Aktion selbst, nicht wahr? — Angeklagter: Dazu brauchten wir das Geld nicht, denn dann hätten wir ja die Schätze der Banken zur Verfügung. — Bei der Verlesung einer Liste von Waffensorten der Reaktionäre teilt der Vorsitzende mit, daß wegen dieser Angelegenheit von den zuständigen Behörden Ermittlungen eingeleitet seien, die aber restlos negativ verlaufen seien. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ich muß hierzu bemerken, daß auch unsere Listen aus den Akten Klumüllers den betreffenden Personen persönlich mitgeteilt worden sind, z. B. eine Liste von Personen, die verhaftet werden sollten. So sind alle Stellen vorher orientiert worden. Ein Teil des Materials Klumüllers ist auch bereits vorher veröffentlicht worden, z. B. im Februar in einer Essener Zeitung. Man hat absichtlich alle gemamt. — Der Vorsitzende verliest dann eine Liste, die den Waffenbestand der einzelnen Regimenter enthält. Auf Befragen des Vorsitzenden, ob er hierüber ausfragen könne, erklärt Klumüller, er kenne diese Liste gar nicht und halte das ganze für phantastische Aufstellungen.

Dann folgt eine Beschreibung der Formation der Roten Armee, in der es heißt: W. D. L.: 1. Die Kompanie bildet eine Hundertschaft. Sie besteht aus vier Zügen, der Zug zu drei Gruppen. Außerdem hat jede Kompanie einen Kompaniechef, einen Schreiber und zwei Ordnungsmänner. Jeder Kompanie werden zugeteilt: Pioniere, Telefonisten, Telegraphisten, Radfahrer und andere Spezialtruppen. Jede Kompanie erhält ein Fahrrad und ein Lastauto. Das Bataillon besteht aus vier Kompanien. Es erhält Radfahrer, ein Personauto, zwei Munitionswagen, zwei Lebensmittelwagen und zwei Feldküchen. Die W. D. L. besteht aus sechs Personen. Ferner gehört zu ihr ein Geschäftsführer, Schreiber, Ordnungsmänner, Motorradfahrer; sie erhält zu ihrer Verfügung sechs Personwagen. Die W. D. L. hat die vollziehende Gewalt. Die Bezirksfeldwebel, die in jedem Polizeibezirk einzusetzen sind, unterstützen der W. D. L. Sie haben die Stammrollen zu führen und haften für den Sachschaden. — Dann folgt die bekannte Einteilung nach Degernaten.

Nach Verlesung einiger weiterer unwesentlicher Urkunden wurde dann die Verhandlung auf Donnerstag früh vertagt.

### Aus der Umgebung.

#### Bezirksverband Grimma.

Arbeitsbekleidung. In den Verkaufsstellen der Bezirks-Bekleidungsstelle sind zur Zeit Akt- und Reubekleidung, u. a.: Arbeitsjoppen zu 60 und 65 Mk., Hosen zu 25, 30, 48 und 60 Mk., Anzüge zu 180 bis 200 Mk. usw. laut den in den fraglichen Verkaufsstellen ausliegenden Preislisten ohne Bezugsschein zu haben. Verkaufsstellen befinden sich bei den Firmen: Otto Haase, Golditz; Goldschmidt u. Co., Grimma; Albin Anort, Grimma; Bernh. Motulsky, Grimma; Eduard Goldschmidt, Wurzen; Wlth. Kupfer, Wurzen; Max Hauschild, Brandis; Ehrhardt Wappler, Müßchen; Herm. Keisger, Naunhof; Theodor Frische jun., Nerchau; Moritz Höhne, Trebsen; ferner bei den Verkaufsstellen der Konsumvereine in Brandis, Grimma und Wurzen.

Leihhof. Die Liste zum Einzeichnen wegen des Erwerbs von Anrechtsskizzen des Arbeiterbildungsinstituts liegt beim Genossen Heimert, Hauptstraße 2, 1. aus. Wir bitten, die Einzeichnung bald vorzunehmen. — Die wissenschaftlichen Vorträge beginnen Mittwoch, 2. März, in der Schulaula. Beginn 7 Uhr abends. Das Arbeiterbildungsinstitut veranstaltet Mittwoch, 2. März, nachmittags 3 Uhr, im Felsenkeller zu Leipzig-Plagwitz einen Kinderernachmittag, bestehend in Konzert, Gelang, Märchenvorlesungen und rhythmischen Tänzen. Karten zum Preise von 1 Mk. sind zu haben in den Verkaufsstellen des Konsumvereins Lindenaue und Barneder Straße, sowie in den Zigarrengeschäften

von Gust. Schmidt, Hauptstraße 87- und Otto, Ede Weinberg- und Hauptstraße. — Die Kinder treffen sich nachmittags 1/2 2 Uhr am Restaurant Vater Jahn, Lindenaue Straße, und gehen dann geschlossen nach dem Felsenkeller. Die Genossen werden ersucht, ihre Kinder recht zahlreich zu dieser Veranstaltung zu schicken.

en. Knautkeberg. Gemeinderatsitzung. Vom 1. April ab tritt eine Erhöhung des Wasserpreises in Kraft. Es kostet der Kubikmeter 60 Pfg.; auf die Mieten umgerechnet pro Vierteljahr 4.40 Mk. Gegen den Verkauf des Grundstücks Leipziger Straße Nr. 61 soll Einspruch erhoben werden. Als Trichinenbekämpfer fungiert bis auf weiteres wieder Herr Bretschneider, Knauthain. Der Nachtrag zur Hundesteuer betreffend wird in erster Lesung angenommen. Die Uebertragung der gerichtlichen Vormundschaft auf den Gemeindevorstand ist vom Justizministerium genehmigt worden. Der Beitritt zum Baunfall-Versicherungsverband wird abgelehnt. Vom Schreiben der Gasanstalt betreffs Erhöhung des Gaspreises um 5 Pfg. pro Kubikmeter wird Kenntnis genommen und zugestimmt. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag des Erwerbslosen vor, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Erwerbslosenunterstützung erhöht wird. Dem wird zugestimmt und sofort an die Reichsregierung abgelehnt werden. Die Erhöhung aus Gemeindevorstand wurde, da keine Mittel dazu vorhanden sind und auch das Gesetz dem entgegensteht, abgelehnt. Von der Reichsregierung sollen die Industriellen zur Beihilfe mit herangezogen werden. Ferner muß darauf hingewirkt werden, daß die Altersrente aus den Betrieben herangezogen werden und die Altersrente erhöht wird. Auch sollen die verheirateten Frauen aus den Betrieben gezogen werden, um den ledigen und anderen Arbeitlosen Platz zu machen, damit die Arbeitslosigkeit etwas gemindert wird. Solange wir allerdings noch Betriebsräte haben, die sogar ihre Frauen auf Arbeit schicken, kann diese Maßnahme schwer durchgeführt werden.

Gerichtshain. Wir hatten vor einiger Zeit in einem Artikel darauf hingewiesen, daß der hiesige neugegründete Militärverein den Kriegshinterbliebenen leberzeit hilfreich zur Seite stehen will. Wie nun dieses schließlich recht löbliche Tun von unseren Bürgerlichen mitunter ausgeführt wird, lehrt folgender Fall: Eine hiesige Kriegswitwe richtete etwa im Juni vorigen Jahres durch die Ortsgruppe Leipzig-Süd des Reichsbundes der Kriegshinterbliebenen ein Gesuch um Zuwendung einer Sonderunterstützung an das Bezirksamt für Kriegserfürsorge in Grimma. Als nach vielen Monaten vergeblichen Wartens eine Antwort nicht einging, fragte der oben erwähnte Hund am 1. Februar d. J. wegen dem Gesuch in Grimma an. Darauf ging nun zu dem ersten Erstaunen der Kriegswitwe folgendes Schreiben ein:

Grimma, den 9. Februar 1921.  
An den Reichsbund der Kriegshinterbliebenen, Kriegs- teilnehmer und Hinterbliebenen

Ortsgruppe Leipzig-S. In Erledigung Ihrer Zuschrift vom 1. 2. 21 betr. das Gesuch der Kriegswitwe Frau Janus aus Gerichtshain wird Ihnen mitgeteilt, daß das Gesuch noch keine Erledigung finden konnte, da der frühere Vertrauensmann in Gerichtshain, Herr Lic. Dr. Kramer, das Gesuch, welches ihm zugelandt wurde zwecks Beaufsichtigung, noch nicht wieder — trotz mehrfacher Mahnung — zurückgegeben hat. Damit die Angelegenheit endlich erledigt werden kann, wird Ihnen anheimgegeben, das Gesuch zu erneuern. Das Bezirksamt wird für schnelle und sofortige Erledigung bemüht sein.

Beitrag zum Kriegserfürsorge der Amtshauptmannschaft Grimma ges. Zimmermann. So vertritt ein Diener der hiesigen Kirche die Interessen der Kriegsofer. Die Arbeiterschaft erhebt auch hieraus, wie notwendig es ist, daß diejenigen, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, auch die Konsequenzen ziehen und aus der Kirche austreten.

p. Scheudig. Am 21. Februar fand eine Stadinerordneten- scheinung mit 9 Tagesordnungspunkten statt. Es wurde fast einstimmig beschlossen, ein zweites Reihenwohnhaus mit 18 Wohnungen zu bauen. Der Genosse L. Pehold beantragte, den Bau in eigener Regie auszuführen. Ueber die Beschaffung des zu benötigten Materials, wie Kistholz und sämtliches Geräte, soll das Bauamt eine Kostenaufstellung machen. Die Kosten des Baues werden 1 800 000 Mk. betragen. Es soll sofort mit dem Bau begonnen werden. In den für die Stadtgemeinde zu erzielenden Steuerausgleich wurden Vertreter aller Erwerbsstände gewählt. — Am Montag, dem 28. d. M., nachmittags 6 Uhr, werden sich die zur engeren Wahl gestellten Bewerber für die Bürgermeisterei in öffentlicher Stadtvorordnetenversammlung vorstellen.

### Briefkasten der Redaktion.

M. H. 2. 21. 1. Die Gemeinde ist dazu nicht verpflichtet, 2. Ja, 3. Gelde Renten werden gezahlt. 4. Ja. Sie muß durch Beitragsleistung erhalten werden. 5. Nein. 6. Die Wartzeit dauert beim Ruhegeld für männliche Versicherte 120 Beitragsmonate, für weibliche Versicherte 60 Beitragsmonate, bei den Hinterbliebenenrenten 120 Beitragsmonate. 7. Die Angestelltenversicherung. 8. Ja, beide. T. H. D. Wenden Sie sich an Ihre Gemeindebehörde. W. 100. Diese Kunstst können wir Ihnen leider nicht geben. 2 Mk. Parteikasse. E. G. L. Anger. 1. Etwa 30. 2. Die vollständige Liste können wir Ihnen nicht nennen, zumal in den letzten Tagen auf Grund der Zahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein Veränderungen vorgekommen sind. 50 Pfg. Parteikasse. S. 17. Bitte! wenden Sie sich an das Wohnungsbaubüro oder Siebungsamt, Neues Rathaus. — 1 Mk. Parteikasse. Nr. 99%. 1. Ja, die Sätze sind erhöht worden. Zum Teil werden noch höhere Beträge verlangt. 2. Sie sind verpflichtet, die Summe zu bezahlen. 3. Fragen Sie den Metallarbeiterverband oder den Betriebsrat Ihres Betriebs, ob Sie Anspruch auf die Zulage haben. E. 2. 786. Ja! Unter gewissen Umständen. — 1 Mk. Parteikasse.

# 2300 Meter Herrenstoffe ab Gera unterwegs!

Zum Verkauf ab  
Dienstag, den 1. März zum Preise von

**46 Mark pro Meter**

Die Ware ist unzerreißbar, aus gutem Material,

ohne Beimischung von Baumwolle in 8 verschiedenen schönen Dessins

**Ein ganz außergewöhnlich billiges Angebot!**

Muster nur gegen Einsendung von 60 Pfg. Porto

**H. Hollenkamp & Co.**

Brühl 25/32

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Ede Reichsstr.